Nr. 48. Halle a. S., Mittwoch den 26. Februar 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumerando frei ins Haus, durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Inseratenpreis für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei-u. Vereinsangelegenheiten und Versammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7808

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21 Hof 2 Tr. Expedition: Geiststr. 21, Hof part.

Sozialdemokrat. Gemeindevertreter-Konferenz der Provinz Sachsen!

Die Agitationskommission des Regierungbezirks Merseburg hat im Einverständnis mit dem Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins, der Hallescheu soz. Stadtverordneten und Vertretern der Redaktion des Halleschen Volksblattes beschlossen:

Die Konferenz findet in Halle
Sonntag, 30. (1. Osterfeiertag) und Montag, 31. März (2. Osterfeiertag),
vormittags 9 Uhr,
im Restaurant Zum letzten Dreier (Gen. Hinze),
Merseburgerstraße 29,

statt, die vorläufige Tagesordnung wird wie folgt festgesetzt:

1. Die Aufgaben und Forderungen der Sozialdemokratie in den Gemeindeverwaltungen: a) auf rechtlichem Gebiete, b) des Schulwesens, c) der Hygiene, des Armen- und Waisenwesens, d) der Steuerpolitik, e) der Verkehrspolitik, f) des Submissionswesens, g) der Arbeiterpolitik, h. des Wohnungswesens, i. Diverses.
2. Beratung bezw. Schaffung eines Kommunal-Programms.
3. Sonstige Anträge.

Wir ersuchen nun nochmals die Genossen allerorts, ihre gewählten Gemeindevertreter auf diese Konferenz aufmerksam zu machen und sie zum Besuche derselben zu verpflichten.

Außerdem können auch solche Genossen an der Konferenz teilnehmen, welche sich für die kommunalen Aufgaben unserer Partei bethätigen oder bethätigen wollen, ja, es wäre sogar wünschenswert, daß alle Orte, welche in nächster Zeit mit selbständiger Aufstellung von Arbeiterkandidaten auf dem kommunalem Gebiete vorzugehen willens sind, wenigstens einen Delegierten zu dieser Konferenz entsendeten.

Anmeldungen, Anträge, Anfragen, Wünsche usw. wolle man an die Adresse H. Pfeiffer, Halle, Kuhgasse 10 II, baldigst einreichen.

Die Agitations-Kommission des Regierungs-Bezirks Merseburg.

Die Privatvermögen in Preußen.

II.

Als vor zehn Jahren die preußische Regierung das Ergänzungssteuer-Gesetz vorlegte, hatte sie das steuerpflichtige Privatvermögen in Preußen auf rund **74 000** Millionen, also auf **74** Milliarden abgeschätzt. Davon sollten entfallen

42	Milliarden	auf Grundbesitz und landwirtschaftliches Inventar
20.6	„	„ gewerbliches Anlage- und Betriebskapital,
28.2	„	„ sonstiges Kapitalvermögen.

Von diesen 90.8 Milliarden sollten 17 Milliarden in Abzug zu bringen sein, so daß 73.8 Milliarden Vermögen von mehr als 6000 M. blieben. — Bei den späteren Einschätzungen ist diese Summe nicht erreicht worden. Die Veranlagung zur Ergänzungssteuer ergab vielmehr

1895	1896	1897	1899
63.68	**64.02**	**65.68**	**69.91**
Milliarden	Milliarden	Milliarden	Milliarden.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß die anfangs berechnete Ziffer von 74 Milliarden nicht richtig wäre; denn es dürften, wie schon im ersten Artikel angedeutet wurde, einige Milliarden bei den Deklarationen „vergessen" worden sein, denn so etwas soll in den besten Familien — und gerade dort erst recht — vorkommen.

Von den im Jahre 1899 angegebenen rund 70 Milliarden Privatvermögen entfielen 25.6 Milliarden auf bares Kapitalvermögen, etwa ebenso viel auf Grundbesitz und 10 Milliarden auf Anlage- und Betriebskapital in Handel und Gewerbe. Ueber die Art der fehlenden Milliarden ließ sich genaueres nicht ermitteln. Ungemein charakteristisch ist der Umstand, daß das Gesamtvermögen der kleineren Zensiten in dem Jahrfünft 1895—99 fast unverändert auf 21.6 Milliarden stehen geblieben ist, während die großen Vermögen in demselben Zeitraum um zusammen fast **6 Milliarden** gestiegen sind. Wohlverstanden: diesen riesigen Zuwachs haben die Zensiten selbst zugegeben; kleiner ist er also keinesfalls gewesen; wohl aber ist die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Zuwachs noch größer war.

Zu den 70 000 Millionen Mk. Vermögen, über welches die Leute mit mehr als 6000 Mk. verfügen, gesellen sich nach Evert noch 3000 Millionen Mk., die im Besitze solcher Personen sind, welche zwar gleichfalls über 6000 Mk. haben, die aber infolge geringen Einkommens von Zahlung der Ergänzungssteuer befreit sind. — Den Gesamtbetrag der kleinen Vermögen von weniger als 6000 Mk. beziffert Evert auf 17 000 Millionen Mk., so daß er zu dem Ergebnis gelangt, die Privatvermögen in Preußen auf insgesamt **90 000 Millionen** Mark, also **90 Milliarden,** zu veranschlagen.

An den 70 Milliarden deklarierten Vermögens ist die Provinz Sachsen mit folgenden Summen beteiligt:

Kapitalvermögen	2018	Millionen Mk.
Grundbesitz	2505	„ „
Anlage- u. Betriebskapital	879	„ „
Rechte und Gerechtigkeiten	4	„ „
	5406	Millionen Mk.
Davon ab an Schulden	911	„ „
bleibt Vermögen	**4495**	**Millionen Mk.**

Zu Schlüssen, die dem Proletarier den Mund wässerig machen müssen, gelangt man, wenn man das vorhandene Privatvermögen auf den Kopf der Bevölkerung gleichmäßig verteilt. Bei einer Bevölkerung von knapp 33 Millionen Köpfen, die Preußen 1899 aufwies, wären bei gleicher Verteilung der 70 Milliarden Mk. auf jeden Kopf der Bevölkerung, also auch auf jedes Kind, jeden Säugling,

2124 Mk.

entfallen. Und rechnet man die 20 Milliarden Mk. an steuerfreien und kleinen Vermögen mit ein, so würden auf jeden Kopf fast

2750 Mk.

kommen. Man sieht: Würde die Sozialdemokratie die mechanische „Teilung" der Vermögen anstreben, so kämen die Arbeiter und Kleinhandwerker nicht schlecht weg; denn für eine fünfköpfige Familie würden dabei etwa **13 750 Mk.** herausspringen; das wären genau 13 750 Mk. mehr, als die meisten Bewohner dieses irdischen Jammerthales jetzt besitzen.

Im einzelnen ist natürlich auch in der Vermögensmenge zwischen den einzelnen Provinzen eine große Verschiedenheit vorhanden. Es würden bei gleicher Verteilung auf den Kopf der Bevölkerung entfallen:

in Posen	853 Mk.	in Schleswig-Holstein	2233 Mk.
in Westpreußen	881 „	in Hannover	2330 „
in Ostpreußen	969 „	in Brandenburg	2330 „
in Schlesien	1475 „	in Rheinland	2409 „
in Pommern	1498 „	in Sachsen	2604 „
in Westfalen	1777 „	in Hessen-Nassau	3710 „
		im Stadtkreis Berlin	4609 Mk.

Die wohlhabendsten Landgebiete sind die von Magdeburg mit 2951 Mk. pro Kopf, dann folgen die Landbezirke von Hannover, Hildesheim, Merseburg, Schleswig und Lüneburg mit 2368—2127 Mk.; die ärmsten Landbezirke sind Marienwerder (615 Mk.), Gumbinnen (668 Mk.), Bromberg (680 Mk.) und Danzig (691 Mk.).

Die Städte haben folgende Durchschnittsvermögen pro Kopf:

Wiesbaden	12218 Mk.	Potsdam	5325 Mk.
Frankfurt a. M.	10814 „	Kassel	5123 „
Bonn	10579 „	Düsseldorf	5072 „
Charlottenburg	8322 „	Aachen	5070 „

Zwischen 5000 und 4000 Mk. würden bei gleicher Verteilung der Vermögen auf den Kopf entfallen in Aachen (4853 Mk.), Köln (4627 Mk.), Berlin (4609 Mk.), Hannover (4600 Mk.), Göttingen (4522 Mk.), Hanau (4326 Mk.), Halle (4235 Mk.), Münster i. W. (4079 Mk.), Schöneberg (4038 Mk.).

Zwischen 4000 und 3000 Mk. beträgt das Kopfvermögen in Elberfeld, Essen, Nordhausen, Hildesheim, Trier, Magdeburg (3543 Mk.), Görlitz, Krefeld, München-Gladbach, Stettin, Breslau, Erfurt (3210 Mk.) und Halberstadt (3205 Mk.).

Zwischen 3000 und 2000 Mk. Kopfvermögen weisen auf Barmen, Liegnitz, Kottbus, Zelle, Mühlhausen i. Th. (2794 Mark), Bielefeld, Hagen, Dortmund, Stralsund, Königsberg, Emden, Kiel, Remscheid, Osnabrück, Lüneburg, Frankfurt a. O., Forst, Flensburg, Duisburg, Posen, Schweidnitz, Altona, Brandenburg, Gelsenkirchen, Stolp i. Pommern, Weißenfels (2091 Mk.), Bromberg, Tilsit und Solingen.

Auf 2000—1000 Mk. fällt das Kopfvermögen in Danzig, Bochum, Harburg, Guben, Landsberg a. W., Kattowitz, Witten, Eloing, Glewitz, Oppeln, Beuthen und Spandau.

Noch unter 1000 Mk. sinkt das Kopfvermögen in Linden (875 Mk.), Rixdorf (801 Mk.) und Königshütte in Oberschlesien (423 Mk.).

27] [Nachdruck verboten.]

Lotti, die Uhrmacherin.

Erzählung von Marie von Ebner-Eschenbach.

XII.

Lotti ging heim, und als der Friede ihres stillen Herzens sie wieder umfing, atmete sie befreit auf. Sie trat rasch in ihr kühles, von einer Hängelampe freundlich erleuchtetes Stübchen und geraden Weges auf die Uhrensammlung zu. Eine Weile stand sie sinnend davor und wiederholte wiederholt mals in leisem Selbstgespräch: „Nein, nein, das könnt' ich doch nicht."

Agnes trug das Abendessen auf und erzählte, daß Gottfried da gewesen sei und sich über das lange Ausbleiben des Fräuleins sehr gewundert habe. Er hatte etwas mitgebracht, ein Buch, ein neues, noch unaufgeschnittenes Buch — Halwigs letztes Werk.

Mit einer Empfindung des Mißmuts nahm Lotti es in Empfang.

Sie hätte sich jetzt gar zu gern des Gedankens an Halwig und an alles, was sich auf ihn bezog, entschlagen. Warum mußte sie von neuem an ihn gemahnt werden? Warum mußte sogar die liebevollste Hand sie in ein Bereich der Sorge und Peinlichkeit zurückleiten, aus dem sie sich eben erst mühsam genug losgemacht hatte?

Sie legte das Buch auf einen Schrank am Ende des Zimmers, doch holte sie es von dort wieder, aus Rücksicht auf Gottfried. Sie wollte ihm wenigstens sagen können, daß sie versucht, darin zu lesen. Sie that es mit widerstrebendem Gefühl, aber mit stets wachsender Spannung. Sie war gefesselt, umstrickt, aber mit beengenden unlauteren Banden. Ihr Blut erstarrte bei manchen Schilderungen.

Da war dem Tier im Menschen jede Regung abgelauscht und mit schamloser Genauigkeit auseinander gesetzt. Da war eine erzwungene, erlogene Sinnlichkeit, aus der die offenbare Ohnmacht mit bleicher Fratze hervorgrinste. Da war die Fülle niederer Wirklichkeit aus dem seichten Strom des gemeinen Lebens geschöpft, da fehlte alle höchste Wahrheit, die der Poesie. Da war endlich der Nothbehelf, der armselige, einer lahmen Phantasie: das mit photographischer Treue und Verzerrung gezeichnete Portrait; Persönlichkeiten, aus dem Schutz des Hauses gerissen und an den Pranger gestellt, zur Augenweide eines Publikums, demjenigen verwandt, daß sich zu den Hinrichtungen drängt.

Im großen Ganzen — die kläglichste Mißgeburt des schreibfertigen Jahrhunderts: der Sensationsroman.

Und dennoch! Durch diese unreine Atmosphäre, diese matte, erschlaffende Luft, durch dieses fahle Farbenspiel der Fäulnis, brach es manchmal herein wie ein zitternder Strahl sonnigen Lichtes. Das mißbrauchte, zu Grunde gerichtete Talent besann sich einen Augenblick auf sich selbst. Du armes Talent! dachte Lotti, wie hat sich an dir versündigt, der zu deinem Hüter bestellt worden war!

Der Morgen begann zu grauen, und sie wachte noch über ihrem Buche. Ihre Stirn, ihre Augen brannten, und ihre Hände bebten vor Frost.

Die Lampe knisterte und flackerte; vom verkohlten Docht stiegen Funken im angerußten Zylinder empor. Lotti löschte das sterbende Licht und suchte ihr Lager auf. Wie wohlthätig wäre ein wenig Schlaf gewesen. Sie schloß die Augen und bemühte sich regungslos zu liegen; da begannen alle ihre Pulse zu pochen, eine fürchterliche Beängstigung beklemmte ihr den Atem. Ihr war, als riefe eine flehende Stimme um Rettung zu ihre, die klagte, die sprach: Du hast mich gekannt in meiner Reinheit, rette eine verlorene Seele! Verloren, weil du sich von mir gewendet hast. Du warst die Starke und ich war schwach, du hattest mich nicht verlassen sollen. Aber du lichtest Rude, du rangst nach Frieden und gabst mich auf, und ich sank und sinke immer tiefer ohne dich. Beweine mich nicht nur — rette mich!

Eine lange Zeit verstoß — eine wie lange? . . . Die Uhren schwiegen alle, standen alle still. Lotti hatte vergessen, sie aufzuziehen, — zum erstenmale, seitdem es ihr überhaupt oblag, für Uhren Sorge zu tragen, ihrer vergessen. Wie spät war es denn? Wollte der Tag heute gar nicht kommen? Wollte eben heute die sonst so rührige Agnes nicht erwachen? Ja, wenn man die Zeit an Pulsschlägen abzählen könnte, wie die Alten thaten. Oder wenn Lotti die Sanduhr besäße, welche sich dereinst das Fräulein in Schlesien verfertigt hatte, das Fräulein, das seine Lebenszeit abmaß, an der verrinnenden Asche des verstorbenen Verlobten . . . an diese Sanduhr erinnerte Lotti sich jetzt, und wie paßte der Einfall in das Gewirre von ganz anders wichtigen Gedanken in ihrem fiebernden Hirn? . . .

Endlich wird die bange Stille im Hause unterbrochen. Agnes ist auf den Beinen und schaltet mit gewohnter Energie in ihrem Küchenbereiche.

Lotti erhebt sich, zieht die Vorhänge hinauf, ruft die Alte ins Zimmer und fragt nach der Zeit. Es ist noch sehr früh am Morgen, noch unmöglich, die Dienerin auszusenden, um die Wohnung des Advokaten Schweitzer zu erfragen, den Lotti besuchen will.

„Eines Advokaten!?" — Agnes fällt fast um vor Schrecken — das ist ja einer vom Gericht, was hat ihr Fräulein mit dem Gericht zu thun?

Und zwei Stunden später, nachdem Agnes die gewünschte Adresse richtig zu stande gebracht, und Lotti schweigend und eilends das Haus verlassen hatte, wurde die Magd von solchen Qualen der Neugier erfaßt, daß sie — sie konnte sich nicht anders helfen — in Thränen ausbrach.

Der Weg, den Lotti zurückzulegen hatte, war kein weiter, bald schellte sie an Schweitzers Thür. Eine ältliche Dame öffnete und erklärte mit höflichem Bedauern, daß ihr Bruder jetzt nicht zu sprechen sei.

Allein nachdem Lotti sich genannt, und auf ihre dringende Bitte, entschloß die Dame sich dennoch nachzufragen, und wenige Sekunden später erschien Schweitzer selbst.

„Fräulein Feixler!" rief er, „Sie kommen wie ein Schutzgeist."

Er führte sie durch ein einfach eingerichtetes Wohnzimmer in eine große Stube mit tiefem, dunklem Alkoven. In der Mitte des weitläufigen Gemaches stand ein großer Schreibtisch, und neben dem ein riesiger geöffneter Geldschrank. In hohen Stößen waren darin Wertpapiere aufgehäuft, hinter eisernen Gittern Geldsäcke und Rollen geschichtet. Er schien gewaltige Reichtümer zu bergen, und gleich mit seinen schweren Angeln und seinen kunstvollen Schlössern einem Ungeheuer, das Schätze hütet und sie, trotz seines lockend aufgesperrten Rachens, zu verteidigen sehr gesonnen ist.

(Fortsetzung folgt.)

Aphorismen.

Von Marie Ebner-Eschenbach.

Respekt vor dem Gemeinplatz! Er ist seit Jahrhunderten aufgespeicherte Weisheit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0001

In der Provinz Sachsen entfiel an Kopfvermögen

	in den Städten	auf dem Lande
im Reg.-Bez. Magdeburg	2970 Mk.	2951 Mk.
„ „ Merseburg	2666 „	2323 „
„ „ Erfurt	2853 „	1376 „

Es wäre selbstverständlich ein großer Irrtum, wollte man allein nach diesen Durchschnittsberechnungen darüber urteilen, ob in einer Stadt ein allgemeiner Wohlstand mehr oder weniger verbreitet ist. Es können sehr wohl in einer Stadt ein Dutzend Millionäre wohnen, ohne daß die Allgemeinheit über die dürftigste Lebenshaltung hinauskommt. Und wiederum kann in einer Stadt verhältnismäßiger Wohlstand herrschen, obwohl sie keine besonders reichen Bewohner aufweist. Der allgemeine Wohlstand einer Stadt hängt nicht ab von der Größe der in ihr versteuerten Vermögen, sondern von der Höhe der gezahlten Arbeitslöhne. Je höher diese sind, desto größer der allgemeine Wohlstand. Es ist darum ein Beweis von der großen Einsichtslosigkeit des sogen. Mittelstandes in wirtschaftlichen Fragen, wenn er gegen hohe Arbeitslöhne eifert. Gerade die Gewerbetreibenden sollten den Arbeitern bei Erhöhung besserer Löhne beistehen, denn ihnen kommen diese zuerst und zumeist zu gute.

Wie die 70 Milliarden Privatvermögen sich auf die einzelnen Vermögensstufen verteilen, soll in einem Schlußartikel gezeigt werden. (Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag.

151. Sitzung, Montag, den 24. Februar 1902, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Frhr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des

Etats der Zölle und Verbrauchssteuern.

Der Titel Zölle wird auf Antrag Dr. Müller-Sagan (Freis. Volksp.) an die Budget-Kommission überwiesen.

Es folgt der Titel Tabaksteuer.

Abg. **Dr. Roesicke**-Kaiserslautern (Bund der Landwirte) macht auf den Rückgang des inländischen Tabakbaues aufmerksam. Die Schuld daran trägt die ungenügende Spannung zwischen Höhe der Steuer und Höhe des Zolls. Dabei hat der Import wesentlich zugenommen. Daher ist ein höherer Tabakzoll unbedingt notwendig, da unser inländischer Tabak durchaus konkurrenzfähig ist mit dem importierten. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Herr Roesicke hat durch seine Ausführungen nur bewiesen, daß er von den wesentlichen Vorgängen des deutschen Tabakbaues keine Ahnung hat. Wenn die geringe Spannung zwischen Steuer und Zoll schuld wäre, dann hätte sich vom Jahre 1879 ab, wo der Zoll von 24 Mark auf 85 und die Steuer von 7 auf 45 M. erhöht wurde, der Tabakbau erheblich besser stehen müssen.

In den ersten Jahren war das auch der Fall. Die Tabakbauern spekulierten darauf, daß sie jetzt die einzigen Lieferanten für die Zigarrenfabrikation sein würden. Thatsächlich wurde aber der Absatz immer geringer, weil der deutsche Tabak in sehr vielen Arten gar nicht zur Zigarrenfabrikation zu gebrauchen ist und nur zum Pfeifentabak verschnitten werden kann. Nach der Zollerhöhung von 1879 mußte aber der Pfeifentabak erheblich verteuert werden, weil die Steuer ausschließlich von den Konsumenten genommen werden mußte, während die Tabakfabrikanten es verstanden, sie auf die Arbeiter abzuwälzen.

Herr Röficke sprach davon, daß nur die kleinen und kleinsten Leute Tabakbau betrieben, dann ist wohl Frhr. Heyl zu Herrnsheim auch einer von den kleinen, die geschützt werden müssen. Den Tabakbauern selbst thun Sie einen schlechten Dienst, wenn Sie ihnen mit dem Zoll helfen wollen. Die Folge würde sein, daß nur noch Zigaretten geraucht würden und dann können wir den deutschen Tabak gar nicht mehr gebrauchen, höchstens als Zierpflanze. Zugegeben ist, daß die Art der Steuererhebung heute nicht die richtige ist. Einer Aenderung in dieser Beziehung würden auch wir zustimmen. Daß die Herren vom Bund der Landwirte für Zollerhöhungen sind, begreife ich ja. Was kümmern Sie (nach rechts) sich um die 150000 Tabakarbeiter. Im Jahre 1879 sind Tausende nach Amerika ausgewandert und die männlichen Arbeiter wurden durch weibliche ersetzt. Jetzt haben Sie ja die weiblichen Arbeiter und wenn die noch mehr bedrängt werden, dann können sie sich ja der Prostitution ergeben. Was kümmern Sie sich darum! (Unruhe rechts. Bravo! b. d. Soz.)

Präsi. Graf **Ballestrem:** Der Herr Abg. Molkenbuhr hat ohne jede Provokation die privaten Verhältnisse des Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim in seine Ausführungen verwickelt. Ich muß das als gänzlich unangebracht bezeichnen.

Schatzsekretär Frhr. **v. Thielmann**: Die Ausführungen der beiden Herren Vorredner erinnern mich lebhaft an ein kleines Geschichtchen. Ein französischer König wandte sich an die Pariser Sorbonne mit der Frage: Weshalb wiegt ein toter Fisch mehr als ein lebendiger? Die verschiedensten Gutachten liefen ein mit den verschiedensten Gründen für diese Erscheinung. Als aber die beiden Fische gewogen wurden, fand man, daß das Gewicht dasselbe war. (Heiterkeit.) Man kann gar nicht sagen, daß der deutsche Tabakbau von 1879 bis heute ständig zurückgegangen ist. Was die Art der Steuererhebung anlangt, so ist eine Wertsteuer deshalb nicht angängig, weil der Tabak an Güte sehr wechselt und der Steuererheber auch der Pflanze nicht ansehen kann, welchen Wert sie schließlich als Tabak liefern wird.

Abg. v. **Kardorff** (Rpt.) wünscht gleichfalls Beseitigung der Plackereien bei der Erhebung der Tabaksteuer.

Abg. Dr. **Röficke**-Kaiserslautern (B. d. L.): Wäre Herr Molkenbuhr im Recht gewesen, wäre er nicht so grob geworden, mir vorzuwerfen, ich verstehe nichts von der Sache. Gerade im Interesse der Tabakarbeiter müßte Herr Molkenbuhr für den deutschen Tabakbau eintreten.

Abg. Frhr. **Heyl zu Herrnsheim** (natl.): Mit Hilfe eines neuen Düngemittels läßt sich der deutsche Tabak sehr verbessern. Ich werde stets für die kleinen Tabakbauern eintreten. Natürlich muß auch der Zoll für Zigarren und Zigaretten erhöht werden. Der deutsche Zoll auf Zigaretten ist geradezu ein Kinderspiel gegen den amerikanischen Zoll.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Ich bin nicht grob sondern höflich gegen Herrn Röficke gewesen. (Heiterkeit.) Ich habe ihm nur nachgewiesen, daß er ganz willkürlich ein Jahr aus der Statistik herausgegriffen hat. Ich war Zigarrenarbeiter; ich habe erlebt, wie zahlreiche Familien von Tabakarbeitern zu Grunde gerichtet worden sind. Die Löhne sind jetzt ja herabgedrückt, daß sie etwa auf einer Stufe mit denen der Thüringer Spielwarenarbeiter stehen. Wird der Zoll von neuem erhöht, so ist eine weitere Verschlechterung der Lebenslage der Tabakarbeiterinnen und damit eine Erschütterung der Sittlichkeit die unabwendbare Folge.

Abg. **Dr. Röficke**-Kaiserslautern (B. d. L.): Ich verstehe nicht, wie durch Verröherung des inländischen Tabakbaues die Arbeiter arbeitslos werden sollen. Wir wollen ja gerade eine Unterlage für die Beschäftigungsmöglichkeit der Arbeiter schaffen. Ich bin Herrn Molkenbuhr dankbar, daß er seine Aeußerungen als nicht grob bezeichnet hat; das läßt einen Schluß zu auf seine gewöhnlichen Umgangsformen. (Lachen b. d. Soz.)

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Wenn eine Zollerhöhung für Tabak in Aussicht steht, versorgen sich alle Konsumenten mit Tabak und tritt dann der Zoll in Kraft, so wird eine allgemeine Arbeitsstockung und zahlreiche Arbeiterentlassungen die Folge. Der ausländische Tabak ist bedeutend leichter zu verarbeiten als der inländische.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen des Abg. Dr. Röficke (B. d. L.) schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Etats, sowie der Etat der Reichsstempelabgaben.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Graf Ballestrem: M. H., ich schlage Ihnen vor, die nächsten beiden Tage der Budgetkommission für ihre Arbeiten freizulassen (Bravo!) und die nächste Sitzung zu halten Donnerstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen und Petitionen.)

Schluß 3 Uhr.

Tagesgeschichte.

Halle 24. Februar.

Im Reichstage

Der Reichstag erledigte gestern in kurzer Sitzung die zweite Lesung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern. Der Etat der Zölle — es sind die Getreidezölle mit einem Ertrag von rund 500 Millionen Mark — wurde an die Budgetkommission zur Vorberatung überwiesen. Beim Etat der Verbrauchssteuern gab es nur eine kurze Debatte über Tabaksteuern, die rein theoretischer Natur war. Die Abgg. Röficke-Kaiserslautern und Heyl zu Herrnsheim machten aus ihrer Begeisterung für eine bedeutende Erhöhung des Zolls auf ausländischen Tabak kein Hehl; unser Genosse Molkenbuhr wies eindringlich auf die schweren Gefahren hin, die eine Erhöhung des Zolles für die schon jetzt elend bezahlten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen mit sich bringen würde. Jede in Aussicht stehende Zollerhöhung veranlaßt die Konsumenten, sich große Vorräte von noch billigen Zigarren anzuschaffen, tritt dann der Zoll ein, so entsteht Absatzlosigkeit, Arbeiterentlassungen und schwerer Lohndruck. Der Schatzsekretär hatte ja auch bereits mit dem Gedanken einer Erhöhung der Tabaksteuer in seiner einleitenden Rede zum Etat gespielt. Gestern kam er nicht darauf zurück, sondern beschränkte sich auf die Behauptung, daß der deutsche Tabakbau im allgemeinen nicht zurückgegangen sei und daß die Gewichtssteuer, die gegenwärtig erhoben wird, die beste Steuerart wäre.

Das Plenum gönnte sich zwei Tage Ferien, um für die Kommissionsarbeiten Raum zu schaffen. — Am Donnerstag stehen Wahlprüfungen und Petitionen auf der Tagesordnung.

Preußischer Landtag.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Generaldebatte über das Ressort des Ministeriums des Innern fort. Die Sitzung begann mit einer recht pikanten Episode. Geheimrat von Falkenhayn, jener überschneidige Regierungs-Kommissar, der am Sonnabend der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vorgeworfen hatte, aus Laune Herrn Kauffmann zum zweitenmale gewählt zu haben, war von seinem Chef, dem Minister, zu einer Erklärung genötigt worden, die einem pater peccavi verzweifelt ähnlich sah. In recht kleinlauter Weise las der Herr sein Sprüchlein von einem Zettel ab und sagte, er habe den Stadtverordneten keine unsachlichen Motive unterschieben wollen.

Der Minister Freiherr v. Hammerstein kam dann auf die Versammlung im Zirkus Busch zurück. Er mußte zugestehen, daß Frauen anwesend gewesen seien, entschuldigte aber die Duldung dieser Anwesenheit seitens des Berliner Polizeipräsidenten damit, daß jene Damen ja nicht in die Debatten eingegriffen hätten. Uns kann eine solche liberale Handhabung des Vereinsgesetzes nur willkommen sein; nur soll man damit nicht einseitig die Herren Agrarier und ihre Damen beglücken. Der Minister entwickelte im weiteren ein paar Gedanken zu einer eventuellen Verwaltungsreform in Preußen. Die Regierungspräsidenten sind überlastet, und es ist möglich, daß man einige ihrer Funktionen den Landräten zuweist. Im Landrat sieht Herr v. Hammerstein den wahren Grund- und Eckstein des preußischen Staates, und seine Machtvollkommenheit noch mehr zu stärken, scheint das hehrste Ziel dieses reaktionären Herrn zu sein.

Der freisinnige Abg. Dr. Crüger richtete dann an den Minister die Frage, wie er zur Verleihung des Stadtrechtes an die großen um Berlin gelegenen Dörfer Lichtenberg, Weißensee und Wilmersdorf stehe. Die Antwort, die Herr v. Hammerstein gab, war ziemlich dilatorisch gehalten. Er erkannte an, daß ebenso wie Nixdorf und Schöneberg auch die übrigen großen Dorfgemeinden um Berlin mit der Zeit Städte werden müssen; aber für den Augenblick bereite im Ministerium wenig Neigung, die Wünsche dieser Orte zu erfüllen.

Der folgende Teil der Sitzung brachte eine frisch-fröhliche Fortsetzung des so plötzlich auf der ganzen Linie entbrannten Kampfes zwischen dem Bund der Landwirte und den Nationalliberalen. Zunächst erklärte der nationalliberale Hofbesitzer Wetternmann, der selbst mit Hilfe des Bundes gewählt ist, die Polemik seines Freundes v. Ennern gegen den Bund sei doch wohl übertrieben. Aus dieser kleinen Desavouierung schien der Bundeshäuptling Dr. Hahn erhöhten Mut zu schöpfen. In einer großen Rede ging er mit der ganzen Wichtigthuerei, die ihm auszeichnet, mit der nationalliberalen Partei ins Gericht, der er drohend zurief, sie möge sich bei den nächsten Wahlen in acht nehmen. Es entbehrte nicht einer gewissen Komik, wie dieser agrarische Agitator den Bund der Landwirte als harmlos und unpolitisch hinzustellen suchte, wie er den Husarenritt ins Zentrumsland als eine friedliche „Aufklärungsarbeit" charakterisierte, dem Zentrum die Bruderhand darbot und in demselben Atemzuge recht herrische Drohungen gegen Nationalliberale, wie gegen Zentrumsleute vorbrachte. Triumphierend rief er aus, man möge ihm eine einzige Entgleisung aus seiner parlamentarischen Thätigkeit nachweisen, und drei Minuten später suchte er sein berühmtes Wort von der „gräßlichen Flotte" als eine verzeihliche Entgleisung zu entschuldigen. Der nationalliberale Abg. v. Ennern antwortete dem selbstbewußten Herrn mit der erforderlichen Energie. Er hielt den Vorwurf der politischen Charakterlosigkeit des Bundes voll aufrecht und machte Herrn Hahn darauf aufmerksam, daß er selbst in seinem hannoverschen Wahlkreise doch einige Rücksicht auf die Nationalliberalen zu nehmen hat.

Die Debatten im letzten Teil der Sitzung boten geringeres Interesse. Vor leerem Hause führte der dänische Abgeordnete Hansen Beschwerden über die Gewaltpolitik, die immer noch in der Provinz Schleswig-Holstein beliebt wird. Er führte eine große Anzahl von Ausweisungen an. Der Minister Freiherr v. Hammerstein antwortete sehr kurz, daß der Ausweisungskurs des Herrn v. Köller auch unter seinem Nachfolger fortgesetzt werden würde und überließ es dann einem Kommissar, die Ausweisungsfälle im einzelnen zu rechtfertigen. Aus dem Hause nahmen zwei Abgeordnete zum Dänenkurs Stellung. Herr Barth beklagte ihn, der Nationalliberale Bachmann war über ihn erfreut. Heute geht die Debatte weiter.

Die Prinzenreise.

Der Preußenprinz ist am Sonntag mittag in Newyork angekommen, vierundzwanzig Stunden später als er beabsichtigt hatte. Er hat sehr schlechte Fahrt gehabt.

Unter Hurrorufen entstieg er dem Kronprinz Wilhelm. „Er schritt," so tabelt der „Spezialberichterstatter" des Lokalanzeigers, „langsam herunter, mit ernstem Gesicht und fast wie zögernd; aber in der Gala-Uniform war seine ritterliche Erscheinung imposanter und jünger, als man gedacht hatte. Sie geriet auf den ersten Blick dem Publikum, das nach hiesigem Brauch in Händeklatschen ausbrach. Einen Augenblick schien der Prinz überrascht zu sein, gerade auf dem Treppenabsatz stehend, stutzte er einen Moment. Dann, die Situation verstehend, blieb er stehen, und ein herzlich-freudiges Lachen erhellte sein Gesicht, als er, nach allen Seiten sich verneigend, die ungewohnte Ovation erwiderte. Dies sein freies und herzliches Lachen löste wieder laute, donnernde Hurrarufe aus. An der Treppe der Hohenzollern nahm der Prinz die Meldung des Grafen Baudissin entgegen, reichte dem sich tief verneigenden Admiral die Hand und eilte jugendlich schnell an Bord der Hohenzollern hinauf. Bald darauf empfing er Staatsmänner und Würdenträger, machte Besuche, um in der Nacht noch nach Washington weiter zu fahren. Die Bevölkerung soll sich, wenn man den offiziellen Berichten glauben darf, sehr enthusiasmiert gezeigt haben. Bei einem Besuche der Regierungswerft soll er auch dem Kapitän Coghlan die Hand gedrückt haben. Coghlan ist derjenige, der nach dem spanisch-amerikanischen Kriege auf einem Bankett das Gedicht Mo and God vorgetragen hat. Dieses Gedicht beschäftigt sich mit Wilhelm II. Wollte man es in einem deutschen Preßorgan wiedergeben, da bekäme der Staatsanwalt gute Arbeit.

Der Berliner Magistrat hat die Prinzenreise benutzt, um wieder einmal seiner Loyalität Ausdruck zu geben. Kirschner hat an den Bürgermeister von New-York aus Anlaß der Ankunft des Prinzen ein Begrüßungstelegramm gerichtet.

Cleveland, der ehemalige demokratische Präsident der Vereinigten Staaten, hat es abgelehnt, an dem Staatsbankett für den Prinzen teilzunehmen. Sein Gesundheitszustand lasse es nicht zu. Dabei hat Cleveland noch in den letzen Tagen äußerst strapaziöse Entenjagden mitgemacht!

In Newyork planten eine Anzahl Dollarmillionäre eine eigenartige Ehrung für den Preußenprinzen. Sie wollen ein Bankett veranstalten, bei dem nur Champagner serviert werden soll. Die Tafel wird mit sechs Silberbechern geschmückt sein, in dem sich je zehn Tausend-Dollarnoten (je 4000 Mark) befinden, die zum Anzünden der echten Havannazigarren dienen sollen. Ob dieser Plan unterdessen zur Ausführung gelangt ist, wird nicht berichtet, in Milwaukee, wo eine ähnliche Ovation beschlossen war, wurde das Projekt auf Einspruch einsichtsvoller Leute wieder fallen gelassen.

Der Empfang in Washington durch Roosevelt bewegte sich in durchaus konventionellen Formen.

Es ist nicht geplündert worden!

Der ehemalige Oberskommandierende des französischen Expeditionskorps, General Voyron, über dessen Verhältnis zum Generalweltfeldmarschall Waldersee manches Interessante bekannt geworden ist, hatte einen Rapport anfertigen müssen über das Ergebnis der Untersuchungen, ob und in welcher Weise Angehörige des französischen Expeditionskorps an den Plünderungen in China teilgenommen hätten. Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau widersetzte sich der Veröffentlichung dieses Rapports aus „nationalen" Gründen. Einige Zeitungen, darunter auch die Petite Republique, waren aber in der Lage, einige Zeit darauf einen großen Teil dieses Rapportes zu veröffentlichen. Die Veröffentlichungen warfen manches bezeichnende Schlaglicht auf das Verhalten aller verbündeten Truppen in China. Selbstverständlich erregten die Mitteilungen dieser Blätter ein Wutgeheul der französischen „Ordnungs"meute, die — uns deutsche Sozialdemokraten wird das ganz heimisch berühren — über „Verrat" jammerten.

In diesen Tagen hat nun ein patriotisches französisches Blatt, die Voix nationale, den bisher noch nicht veröffentlichten Teil des Rapportes von Voyron mitgeteilt. Einige wichtige Stellen aus diesem Rapporte seien hier angeführt. — Es heißt dort:

„Neben Akten von Plünderung durch einzelne, die sich bei derartigen Gelegenheiten fast nie vermeiden lassen, haben sich unsere (die französischen) Truppen besser geführt als die der anderen Nationen. Die persönlichen Verfehlungen sind streng bestraft worden. Aber selbst zur Zeit, wo solche begangen wurden, verlangten die Chinesen mehrmals den Schutz unserer Truppen, da sie wohl wußten, daß unter dem Schutze unserer Fahne die friedliche Bevölkerung immer geachtet und verteidigt wird."

General Voyron folgt in seinen Ausführungen nur dem Beispiele der anderen Oberstkommandieren. Jeder behauptet, daß seine Truppen Muster von Disziplin, die anderen dagegen Räuber und Mordbrenner gewesen seien. Wer angesichts dieser Thatsache noch glaubt, daß in China alles in den engsten Grenzen der Humanität abgegangen sei, muß mehr als naiv sein. —

Weiter heißt es in dem Rapporte Voyrons:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß in der Periode der Requisitionen (in Peking) die Soldaten sich kleinere Gegenstände angeeignet haben. Das Beispiel der anderen Kontinente war nicht danach angethan, unsere Truppen auf dem Wege des Guten zu erhalten. Noch heute werden in Peking in dem Garten einer fremden Gesandtschaft öffentlich Kostbarkeiten und Wertgegenstände verkauft. In Tientsin vergeht keine Woche, in der nicht ähnliche und noch umfangreichere Gegenstände in der Markthalle ausgestellt und den Liebhabern zum Kaufe angeboten werden."

„Nach der Besetzung Pekings wurden in den vollständig verlassenen Häusern, deren Eigentümer unbekannt waren, mehr oder weniger interessante Gegenstände gefunden. Die Offiziere aller Armeen haben von ihnen eine Anzahl als „Andenken" an sich genommen." —

Zum Schluß sagt Voyron:

„Ich wiederhole, diese Gegenstände hatten keinen besonderen Handelswert. Bei dem verlassenen Zustande der Häuser, wo sie sich befanden, wären sie nur bald von chinesischen Räubern weggenommen worden."

Voyron macht hier ein rührendes Eingeständnis: Die Offiziere und Mannschaften der Kulturstaaten haben den chinesischen Räubern ins Handwerk gepfuscht!

Die deutschen Chinaschwärmer werden aber bis zur Bewußtlosigkeit wiederholen: Es ist nicht geplündert worden!

Die Revolution in Spanien.

Der Generalgouverneur von Barcelona hat nach Madrid gemeldet, daß in der Stadt Ruhe eingetreten sei. Dies ist aber noch nicht der Fall. Es ist wohl anzunehmen, daß die Ruhe durch Flinte und Säbel hergestellt werden wird, eine Ruhe des Kirchhofes. Die Verhaftungen von angeblichen Anarchisten dauern fort. Das Los, das diese Unglücklichen erwartet, ist ein schreckliches: Einige Flintenkugeln oder ein jahrelanges Dahinsiechen in den fürchterlichen Kerkern. In Spanien herrscht ja mehr als in anderen Ländern eine mittelalterliche Polizeiwillkür.

Hätte hinter den Ausständigen eine straffe und starke politische Organisation gestanden, so hätte der Ausstand leicht zu einer erfolgreichen Revolution führen können, die dem geknechteten Volke zu seinem Rechte verholfen hätte. Wie die Dinge jetzt aber in Spanien liegen, wird der Aufstand der Arbeiter wieder einmal durch Ströme Blutes ersäuft werden.

Vorläufig sind die Gewalthaber aber noch nicht Herren der Situation. Nach immer kommen Zusammenstöße zwischen Ausständigen und Truppen vor. Nach Mitteilungen von in Perpignan (Frankreich) am Sonntag eingetroffenen Reisenden aus Barcelona, sind die Ausständigen in dieser Stadt durch die Weigerung der Behörden, die Haupträdelsführer freizulassen, im höchsten Grade gereizt. Während die Zeitungen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0002

keine Setzer finden können, lassen die Sozialisten und Anarchisten Maueranschläge drucken, die zur Fortsetzung des Ausstandes raten. Mehrere englische Schiffe verlangen Schadenersatz, da sie ohne Ladung abgehen mußten.

Die Arbeitgeber in Barcelona weigern sich, den von den Arbeitern geforderten Lohn für die vergangene Woche zu zahlen. Im Einverständnis mit dem Generalkapitän beschlossen die Fabrikbesitzer, den Betrieb wieder aufzunehmen, doch wird befürchtet, daß die meisten Arbeiter nicht arbeiten.

Nach einem Privattelegramm der Frankf. Ztg. vom Montag ist die Situation in Barcelona trotz anscheinender Ruhe noch immer besorgniserregend. Heute rücken weitere militärische Verstärkungen ein, und zwar vier Regimenter. Die Arbeiter sind sich über die Wiederaufnahme der Arbeit nicht einig. — In Sevilla, Bilbao, Algeciras, Alcoy und Madrid sind große Vorsichtsmaßnahmen getroffen. In Sevilla ist die ganze Garnison auf Kriegsfuß. Ansammlungen aller Art sind verboten.

In Sevilla durchzogen am Sonntag Gruppen von Arbeitern die Straßen und veranstalteten unter Hochrufen auf den Ausstand vor der Kavallerie-Kaserne Kundgebungen. Eine Abteilung Kavallerie ging gegen die Ausständigen vor und zerstreute dieselben.

Am Montag brachten Streikende in dem Kloster Sarria bei Barcelona eine Dynamitbombe zur Explosion. Dieselbe richtete großen Schaden an und rief eine große Panik hervor. Zwei Individuen sind unter dem Verdacht der Thäterschaft verhaftet worden. Als die Streikenden versuchten, sie zu befreien, gab die Bürgergarde Feuer. Mehrere Personen wurden getötet, eine große Anzahl verwundet.

Die blödsinnigen Zensurmaßregeln der spanischen Regierung werden auch weiterhin aufrecht erhalten. In Barcelona wurden am Montag die aus Madrid eingegangenen Zeitungen beschlagnahmt. Der Grund zu einem solch unsinnigen Vorgehen ist nicht einzusehen.

Ein Wechsel im Präsidium des Oberverwaltungsgerichts wird als bevorstehend gemeldet. Wirkl. Geh. Rat Dr. Persius hatte einen Urlaub erhalten, der am 1. Februar zu Ende ging. Seit dieser Zeit hat indessen Herr Persius seine Dienstgeschäfte nicht wieder übernommen.

Einigermaßen beschwerlich wird den patriotischen Kommunalverwaltungen nachgerade das Aufstellen der Steinmassen werden, durch die das Andenken irgend welcher Kaiser und Könige aufrecht erhalten werden soll. In Posen projektiert man die Aufstellung eines Denkmals für Friedrich III. Die Kosten sind durch freiwillige Beiträge aufgebracht worden. Ehe die Kommunalverwaltung jedoch an die Ausführung des Projekts gehen konnte, hat ihr ein Ministerialreskript folgende Bedingungen vorgeschrieben: 1. Der hochselige Kaiser soll nicht mit schleppendem Pallasch, sondern, sich auf die vorgestellte Waffe stützend, dargestellt werden. 2. Am Sockel sollen die an den Kanten angebrachten Ornamente, denen Baummotive zu Grunde gelegt sind, fortfallen, auch soll der unten projektierte Lorbeerkranz ohne Unterbrechung ringsherum laufen. 3. Die am Fuße des Sockels geplante Figur des Landmannes soll gänzlich wegfallen. Der Künstler ist von den befohlenen Aenderungen seitens des Geheimen Zivilkabinetts bereits kurzer Hand verständigt worden. — Punktum!

Zur Frage der Ehescheidung des Großherzogs erklärte der Präsident der hessischen Kammer beim Beginn der Sitzung am Montag zur Richtigstellung der Mitteilung, daß die Fraktionsvorstände der Zweiten Kammer um Angabe der Gründe für die Ehescheidung des Großherzogs ersucht hätten, an der Meldung sei nur das richtig, daß eine Besprechung der Vorstände stattgefunden habe, deren Zweck lediglich geschäftlicher Natur gewesen sei, daß allerdings auch andere Fragen berührt worden seien, ohne daß man jedoch nach irgend einer Richtung hin Beschlüsse gefaßt habe.

Zum Regierungspräsidenten in Liegnitz an Stelle des Herrn v. Heyer ist nach dem Reichsanz. der Vortragende Rat aus dem Landwirtschaftsministerium Frhr. v. Seherr-Thoß ernannt worden.

Sie sind liberal, und wir sind alle konservativ und wollen das nicht, so entgegnete ein Schulze im Wahlkreise Rastenburg-Gerdauen-Friedland einem liberalen Wähler, der eine Abschrift der Wählerliste vornehmen wollte. Ein anderer erwiderte auf ein solches Verlangen: „Das gestatte ich nicht einmal den Konservativen. Die Freisinnigen und Sozialdemokraten agitieren viel zu viel.“ Unterdessen hat der Landrat des Kreises Rastenburg amtlich bekannt gemacht, daß Einsichtnahme und Abschrift der Wählerliste gestattet werden müßte, insoweit dadurch dritte nicht an der Einsichtnahme der Liste gehindert sind.

Die Reichstagsersatzwahl in St. Johann-Saarbrücken an Stelle des nationalliberalen Abg. Boltz, dessen Wahl für ungiltig erklärt worden ist, ist auf den 25. April festgesetzt.

Wie Denkmalsgelder zusammengefochten werden, zeigt folgendes Schriftstück:

Kaiserliche Ober-Postdirektion.

Posen O., 10. Januar 1902.

Der vor Jahresfrist angeregte Gedanke, dem großen Kanzler des Deutschen Reiches, dem Fürsten Bismarck, in der Provinzial-Hauptstadt Posen ein Denkmal zu errichten, hat in Stadt und Land freudigste Zustimmung gefunden; eine reiche Anzahl von Beiträgen ist dem Komitee infolgedessen zugeflossen.

Auch die in Postkreisen des hiesigen Bezirks veranstaltete Sammlung hat eine ansehnliche Summe (491.10 Mk.) ergeben.

Die auf 72—75 000 Mk. zu veranschlagenden Kosten des Denkmals sind jedoch z. Z. noch nicht ganz gedeckt; es fehlen ungefähr noch 18—21 000 Mk.

Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 25. Mai 1900 werden Sie ersucht, bei dem nachgeordneten Personal und dem der Postagenturen das Interesse für die Sache erneut anzuregen, Beiträge entgegenzunehmen und diese bis zum 10. März an Herrn Ober-Postdirektions-Sekretär Selchow ohne Nennung der Namen der Spender durch Postanweisung portopflichtig zu übersenden. Der aufgekommene Gesamtbetrag wird von Herrn Selchow dem Komitee überwiesen werden.

gez. Köhler.

An
die Herren Vorsteher der Kaiserlichen Postämter
des Bezirks des Kaiserlichen Bahnpostamts Nr. 33
in Posen W. und des Kaiserlichen Telegraphen-
amts in Posen O.

Wenn bei der mit Pauken und Trompeten stattfindenden Enthüllung des Denkmals der Komiteevorsitzende den verdienten Orden erhält — dann wird er gewiß dankbar der armen Post-Unterbeamten denken, die sich „freiwillig“ dazu gedrängt haben, ihr sauer verdientes Geld dem Andenken des „großen Kanzlers“ zu opfern.

Was sagt Exzellenz Kraetke zu der Amtstätigkeit des Posener Ober-Postdirektors?

Wegen roher Mißhandlung eines zu Unrecht verhafteten Arbeiters und wegen Verleitung zum Meineide wurde der Schutzmann Reiß in Danzig von der Strafkammer des dortigen Landgerichts zu einem Jahr neun Monaten Zuchthaus, zwei Jahren Ehrverlust und dem Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von fünf Jahren verurteilt. Reiß, der beim 1. Garde-Regiment zu Fuß gedient hat, erfuhr von seinem Sohne, daß der Maurergeselle Liedtke in der Trunkenheit die Frau Reiß und den Jungen geschlagen hatte. Er suchte in großer Aufregung sofort den Liedtke auf, packte ihn am Genick, schlug ihm ins Gesicht und führte ihn in die Haft ab. Unterwegs schlug er den ruhig mitgehenden Arrestanten wiederholt dermaßen ins Gesicht, daß jener zusammenbrach. Im Gefängnis angelangt, prügelte Reiß den Liedtke mit einem Ochsenziemer und einem Gummischlauch dermaßen, daß der Gemißhandelte sich vor Schmerzen am Boden krümmte. In der Zelle mißhandelte und schlug er den in einer Ecke Zusammengesunkenen noch dreimal. Als Liedtke gänzlich erschöpft und blutrünstig am Boden lag, ließ er von ihm ab, kam aber am nächsten Tage, einem Sonntage, mit seinem Knaben nochmals wieder und schlug abermals in brutalster Weise auf Liedtke ein, so daß selbst der Junge seinen Vater bat, er solle den Häftling nicht so schlagen. Liedtke wurde dann entlassen und ging sofort zum Arzt. Dieser stellte fest, daß das eine Auge dick blutunterlaufen, der ganze Körper von den Armen bis zu den Schenkeln mit dicken Schrunden und Striemen bedeckt war, und daß die Schultern überhaupt nur eine einzige grün und blau gefärbte Stelle darstellten. Der Schutzmann hat dann versucht, einige Zeugen zu falscher Aussage zu verleiten und sich geäußert, er werde es den Zeugen, die nicht nach seinem Wunsche aussagten, schon besorgen. Das Gericht bezeichnete die Ausschreitungen des Angeklagten als bestialisch, roh und geradezu feige. Besonders erschwerend wurde in Betracht gezogen, daß es sich um einen Beamten handelt, der gerade bestimmt ist, über Recht und Gerechtigkeit zu wachen.

Wegen Kaiserbeleidigung unschuldig verurteilt! Vor etwa Jahresfrist erhielten der Geh. Rat des Zivilkabinetts v. Lukanus, sowie der Oberbürgermeister Lentze in Barmen, desgleichen auch Krupp in Essen, anonyme Briefe, die von Beleidigungen strotzten und auch Beleidigungen des deutschen Kaisers enthielten. Nach langen Nachforschungen glaubte man in dem Kaufmann Jakob Stock in Barmen den Thäter gefunden zu haben. Es wurde zweimal gegen Stock verhandelt, weil derselbe inzwischen auf seinen Geisteszustand untersucht und für geistig normal befunden worden war. Stock wurde schließlich, trotzdem er seine Unschuld beteuerte, vor einigen Monaten zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil man ihn auf Grund der Gutachten der Schreibsachverständigen für den Briefschreiber hielt. Nachdem Stock zur Verbüßung seiner Strafe eingezogen war, erhielt Oberbürgermeister Lentze in Barmen wiederum einen Brief ähnlichen Inhalts und anscheinend auch mit denselben Schriftzeichen der früheren Briefe. Diesmal konnte der im Gefängnis sitzende St. nicht der Briefschreiber gewesen sein. Man leitete nunmehr gegen eine andere verdächtige Person das Ermittelungsverfahren ein, konnte dasselbe aber nicht durchführen, weil der Betreffende zum Aerger der preußischen Justiz das Zeitliche segnete. Das von St. nunmehr beantragte und durchgeführte Wiederaufnahmeverfahren führte dazu, daß derselbe in der am 20. Februar vor der 1. Strafkammer zu Elberfeld stattgefundenen Verhandlung freigesprochen wurde. — Ganz abgesehen von den recht beträchtlichen Gerichtskosten in dieser Affaire ist wohl die Frage sehr naheliegend, welche Genugthuung man dem jetzt Freigesprochenen für all die erlittene Unbill, für die physische und moralische Folter der Untersuchungshaft und der zum Teil verbüßten Strafe geben wird, die für den Betroffenen um so empfindlicher war, weil sich derselbe schon im vorgeschrittenen Alter befand.

Ausland.

Italien. Die Demission des Ministeriums Zanardelli ist nur äußerlich durch die Frage des Ehescheidungsgesetzes veranlaßt worden. Ueber die wahren Ursachen der Ministerkrisis schreibt der italienische Korrespondent der Frkf. Ztg.: „. . . Da sein (Zanardellis) „Ministerium der Freiheit“ keine Mehrheit in der Kammer hatte, mußte er den Anschluß nach links suchen, und infolgedessen mit der ganzen früheren Politik brechen. Die Sozialisten, welche die zielbewußte Kraft in dem Konglomerat aus Schwärmern, Theoretikern, Unzufriedenen, Phraseurs und Intransigenten bilden, das unter der Firma „Vereinigte Volksparteien“ bestand, ließen sich die Unterstützung, die sie dem schwachen Ministerium gaben, durch die weitgehendste Nachsicht seitens der Regierung bezahlen. Mit erstaunlicher Thatkraft gingen sie vor und organisierten sich über das ganze Land. Streik folgte auf Streik, bis zuletzt auch die Beamten der staatlichen Verwaltung und des Eisenbahnpersonals zu meutern begannen. Die besitzende und die in Industrie und Handel arbeitende Unternehmerklasse sah sich plötzlich auf allen Seiten bedroht, die Angst vor unvermeidlicher Revolution ergriff sie, und die Unzufriedenheit wuchs in bedrohlichem Maße. Dazu kam, daß durch die Enquete in Neapel und die dadurch gezeitigte Polemik der schlummernde Partikularismus geweckt und der Gegensatz zwischen Nord und Süd verschärft worden war. Als nun das projektierte Ehescheidungsgesetz vom Vatikan zum Vorwand einer antiitalienischen Agitation genommen wurde, stieg namentlich im Süden die Beunruhigung noch mehr, zumal den Frommen und Besitzenden die Meinung beigebracht wurde, daß das verhaßte Gesetz dem Kabinett durch die Sozialisten aufgedrängt worden sei, die ihre wirtschaftliche und politische Propaganda durch einen Vorstoß gegen das heilige Institut der Familie ergänzen wollten.“

Wie schon mitgeteilt, haben die italienischen Sozialisten das Ministerium, das dem Druck der Bourgeoisie allzu sehr nachzugeben begann, fallen gelassen.

Wie zu erwarten war, bleibt Zanardelli am Ruder, allerdings wird das zu bildende Kabinett eine noch reaktionärere Färbung erhalten. Aus Rom wird gemeldet:

Da die Lösung der ernsten innerpolitischen Frage niemand übernehmen will, hat das Kabinett Zanardelli sich entschlossen, im Amte zu verbleiben. Das Portefeuille der öffentlichen Arbeiten soll einem Senator übertragen werden. Erst wenn die parlamentarische Lage geklärt hat, soll eine durchgreifende Rekonstruktion des Ministeriums erfolgen.

— Ueber den Korruptionssumpf in Neapel meldet die Tribuna aus Neapel in einer ihrer neuesten Nummern: Die strafrechtliche Untersuchung gegen den Deputierten Casale, welche auf Grund der Ergebnisse der Untersuchung über die Gemeindeverwaltung eingeleitet wurde, ist abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft stellte den Antrag, daß Casale sowie der frühere Bürgermeister Summonte und fünf ehemalige Beigeordnete der Stadt Neapel vor Gericht gestellt werden.

— Ueber die Bewegung in der Arbeiterschaft Norditaliens liegen noch folgende Nachrichten, allerdings aus bürgerlicher Quelle vor: Am Sonntag mittag versuchte in Turin eine Anzahl Ausständiger, an deren Spitze sich der sozialistische Deputierte Morgari befand, die Straßenbahnwagen anzuhalten. Sie wurden jedoch auseinander getrieben. In der Nacht zum Montag wurden zwei Karabiniert auf einem Patrouillengange in der Richtung nach Beinasco von einer Anzahl Personen, welche sie arretieren wollten, erschossen.

Aus Mailand wird gemeldet: Bei dem fortwährenden Eintritt neuer Arbeitermassen in die Streikbewegung hat die Regierung außerordentliche Maßregeln zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ getroffen. Militärische Verstärkungen trafen ein. Die beabsichtigte große Volksdemonstration für gestern wurde wirksam ( ) unterdrückt. Bisher sind etwa 300 Personen verhaftet. Einige wenige Verwundungen sind auf beiden Seiten vorgekommen. Die Erbitterung der Streikenden wächst, doch hofft man, daß größere Unruhen verhindert werden können.

Türkei. Aufstand in Albanien. In der Nacht vom 16. zum 17. Februar wurde der Mollah Zekka, ein großer Würdenträger Albaniens, von Mannschaften eines türkischen Gendarmerie-Kapitäns getötet. Die Albanesen befinden sich nun wegen Nichtauslieferung der an der Ermordung Zekkas Beteiligten in vollem Aufruhr. — Bei einem Kampf mit türkischem regulären Militär sind 64 Mann gefallen. Der Vali von Salonichi entsandte bedeutende Truppenverstärkungen nach dem Aufstandsgebiet.

Amerika. Die österreichischen Parlamentsmanieren machen Schule. Am Sonnabend kam es im Senat der Vereinigten Staaten zu einer häßlichen Szene. Mc Laurin, Senator von Süd-Carolina, stellte die Behauptung auf, daß Tillman, ein anderer Senator von Süd-Carolina, wissentlich lüge. Tillman sprang über die Sitze, die ihn von Mc Laurin trennten, und schlug ihn ins Gesicht. Es kam dann zwischen beiden zu einer regelrechten Schlägerei, und nur mit Mühe gelang es den Angestellten des Senats, die beiden Senatoren zu trennen.

Niederländisch-Indien. Die Kolonialarmee als Schutztruppe des Kapitalismus und als Kulturträgerin. Wie Kolonialkriege, die den Völkern ungeheure Opfer an Geld und Blut kosten, ausschließlich zu gunsten der kapitalistischen Ausbeuter geführt werden, geht aus einer Mitteilung des Java-Boden aus Kotaradjah in Atjeh (Insel Sumatra) hervor. Dort heißt es: „Die königliche Niederländische Petroleum-Gesellschaft“ (eine privatkapitalistische Gesellschaft) hat vor kurzem wieder eine gute Bohrung gemacht in der Landschaft Petoi, wohin mit einer Patrouille von Niboeng ein Zug unternommen wurde. Wirklich bohrten hier die zwei die Kolonne begleitenden Herren von der „Königlichen“ an einem Nebenflüßchen des Kerti-rivier fünf Quellen an. — Zwei davon scheinen reiche Quellen zu sein, die drei anderen nur gewöhnliche. Auf jeden Fall aber kehrten die zwei Herren sehr zufrieden über das Gefundene nach Hause zurück. — Die Produktion dieser Gesellschaft an Rohöl in Perlack betrug im November vorigen Jahres 18181095 Liter. — Angesichts der eventuellen Begegnung feindlicher Banden war diese Patrouille stark, nämlich 70 Mann.“

Eine packende Illustration zur Ausbreitungsmethode europäischer Kultur auf obengenannter Insel liefert ein Brief eines Kolonialsoldaten aus Atjeh, wo die Holländer schon seit Jahrzehnten mit den Eingeborenen im Kampfe liegen. Unser niederländisches Parteiblatt Het Volk veröffentlicht aus diesem Briefe folgende Stelle: „Nach ein paar Tagen Ruhe gingen wir wieder auf Rekognosszierung aus und kamen auf einen Platz, wo noch nicht viel Truppen gewesen waren. Die Gegend war dicht bewohnt. Wir fanden dort eine ganze Rotte betender Atjehs, mit ihren Waffen neben sich. So lange sie dort sitzen blieben, machten wir uns nicht an sie heranmachen, aber — wir mußten uns vorsehen. Pflicht gebietet. Leutnant Kolonell Hooijer hat gesagt: Mut ist schön, Klugheit schöner, doch Pflicht ist das Schönste. Wir gaben dann auf die betenden Atjahs einige Salven ab, so daß sie eiligst nach dort befördert wurden, wo sie in ihrem Gebet so gerne sein wollten. Wir steckten das Dorf in Brand, es sah aus, als ob Amsterdam in lichter Lohe stände. — Bei den Zügen leidet der Soldat oft Mangel an Nahrung und an diesem Tage hatten wir Mangel. Wir sahen uns um, ob wir nicht was Gutes finden würden. Wir kamen zurück mit Enten, Hühnern und Eiern.“

Eine solche Heldenthat auf betende Menschen stellt sich den Hunnenthaten in China und den Greueln in Südafrika würdig zur Seite. Der Lauf des Kapitalismus ist überall von Strömen Blutes begleitet.

Der Krieg in Südafrika.

Ueber die Konzentrationslager in Südafrika hat die englische Regierung ein Blaubuch veröffentlicht. Nach diesem starben vom Juni 1901 bis Januar 1902 in den Lagern 18196 Personen von der weißen Rasse, darunter 13314 Kinder. Prozentual und auf das Jahr berechnet kamen demnach im Monat Juni 170 auf das Tausend, im Oktober 338 pro Tausend; im Januar sank die Ziffer auf 189 pro Tausend. Die Sterblichkeit der Kinder allein erreichte im Oktober die Höhe von 572 pro Tausend; während der dreizehn Monate, auf die sich die Statistik erstreckt, betrug die Sterblichkeit der Kinder im Alter von unter 12 Jahren durchschnittlich 215 aufs Tausend pro Monat. —

Am letzten Donnerstag haben die Buren wieder einmal die berühmte englische Blockhauslinie durchbrochen und zwar auf dem Wege von Frankfort nach Brede bei Teveskopjes. Die Buren zerstörten den Stacheldrahtzaun, indem sie ihr Vieh dagegen trieben und brachen dann in großer Anzahl trotz des heftigen Feuers der Blockhäuser durch. Mehrere Buren wurden erschossen, von ihren Freunden aber mitgenommen. De Wet soll am Wilgeflusse stehen. Seine Mannschaften sind in kleine Abteilungen geteilt.

Die Mission des aus Südafrika zurückgekehrten Dr. Albrecht, des Abgesandten Louis Bothas, besteht darin, von der englischen Regierung die Erlaubnis zur Ueberschreitung der englischen Linien mit mehreren Aerzten zu erhalten. Diese Aerzte sollen in die Burenlager gebracht werden, die Mission hat also einen humanitären, keineswegs politischen Charakter.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Wegen Beleidigung des Vorstandes der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft** wurde der Genosse Leimpeters, Redakteur der deutschen Bergarbeiterzeitung, zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. In dem inkriminierten Artikel handelte es sich um ein Grubenunglück auf dem Schachte Grimberg bei Berg-Camen am 13. September, wobei durch Schlagwetter-Explosion 8 Bergleute getötet wurden. Die in dem Artikel erhobenen Vorwürfe gegen die Gesellschaft wegen mangelnder Fürsorge bei Explosionsgefahr sollen unbegründet gewesen sein.

Sprechstunde der Redaktion nur mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weitzmann in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0003

Jede Hausfrau muß wissen,

daß sie nicht nur ihren Familienmitgliedern in gesundheitlicher Beziehung einen großen Dienst erweist, sondern auch noch bedeutende Ersparnisse macht, wenn sie Kathreiners Malzkaffee als Zusatz oder als vollkommenen Ersatz des Bohnenkaffees verwendet.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller**
am Riebeckplatz, nächste Nähe des Hauptbahnhofes.

Am 25. und 26. Februar

Nur 2tägiges Gastspiel von

Otto Reutter

Deutschlands größtem Humoristen mit seinem Original-Repertoir
nebst dem übrigen **Glanzprogramm.**

Gastspielpreise: Loge 2 M., 1. Rang 1.50 M., Mittelloge 1.25 M., 1. Parkett 1 M., 2. Parkett 75 Pf., 2. Rang 50 Pf. Vorverkauf im Theater-Bureau täglich von vormittags 10 Uhr ab. Sämtliche Passepartouts und Preisermäßigungen sind während der Dauer dieses Gastspiels aufgehoben.

Osborgs Bellevue.

Mein zweiter großer

Elite-Masken-Ball

findet Freitag den 28. Februar statt.

Wittenberger Konfektionshaus

Kollegienstrasse 22. **Wittenberg.** Bez. Halle. Mittelstrasse 51.

Spezial-Geschäft sämtlicher Herren- und Knaben-Moden.

Frühjahr 1902.

Sämtliche Neuheiten für Frühjahr und Sommer in

Paletots, Anzügen etc.

für Herren u. Knaben in reichhalt. Auswahl am Lager.

Stoffe in- und ausländischer Fabrikate. Maßanfertigung.

Arbeiter-Garderoben:

Einzelne Jacketts, Hosen u. Westen in Zwirn, engl. Leder, Pilot, Manchester u. Sammet. Monteur-Anzüge u. Jacken, Sweaters, Schriftsetzerblusen, Malerkittel, Bildhauerblusen u. s. w.

Feste Preise! **Feste Preise!**

Stadt-Theater Halle a. S.

Mittwoch den 26. Februar 1902
Abends 7¼ Uhr:
163. Vorst. i. P.-A. 117. Abonn.-Vorst.
1. Viertel. Farbe weiß.

Der Trompeter von Säkkingen.
Volksoper in 4 Akten von V. Neßler.

Donnerstag den 27. Februar 1902
abends 7¼ Uhr:
164. Vorst. i. P.-A. 47. Vorst. auß. Ab.
Benefiz für den Oberregisseur
Carl Scholling.
Gastspiel d. Kgl. Preuß. Hofschauspielers
Rudolf Christians.
Der Traum ein Leben.
Phantastisches Märchen in 4 Akten von Franz Grillparzer.

Jed. Post. neues u. getr. Schuhwerk zu kaufen gesucht. **Scher,** Kl. Ulrichstr. 24.

Konsum-Verein für Halle-Giebichenst. u. Umg.

E. G. m. b. H.

In dem

Total-Ausverkauf

unseres

Schuh- und Schnittwaren-Geschäftes,
Eichendorffstrasse 26,

geben wir, soweit der Vorrat noch reicht,

zur Hälfte des Einkaufspreises

folgende Artikel ab:

Filzwaren, Strickjacken, Kinder- u. Herren-Unterhosen, Normal-Hemden u. Unterhosen, Herren- u. Damen-Handschuhe, Barchent-Hemden f. Kinder, Kragen, Manschetten, Krawatten.

Walhalla-Theater

Direktion: **Richard Hubert.**

Nur noch **4** Tage:

The Louisiana Amazon-Guard

genannt

Das schwarze Ueberbrett'l
(Transformations-Szene in vier Bildern.)
7 schwarze Damen aus dem Staate Louisiana.

Die grösste Sensation der Saison.
Ohne jede Konkurrenz.
Zum ersten Male in Europa.

Die

Matweef-Hugoston-Truppe
Russische Tanz-Akrobaten
in ihren einzig dastehenden Leistungen

The Walleno's,
Doppel-Jongleure u. Gaukelbristen.

Bobby u. Blank,
Musikalische Sezessions-Burlesk-Komödianten.

Wallno u. Marinette,
Grotesk- und Wirbelwind-Tänzer.

The two Blackwoods,
Zauber-Parodisten.

Margarethe Gaston,
Verwandlungs-Soubrette.

Max Zerner,
Gesangs- und Charakter-Humorist.

American-Bioscope,
Sensation. lebende Photographien.

Ende der Abendvorstellung gegen 11 Uhr.

Ortskrankenkasse der Bäcker, Böttcher, Brauer und verwandt. Gewerbe zu Zeitz.

Am 23. Februar cr. tritt der in der Generalversammlung am 19. Nov. v. J. beschlossene Nachtrag zum Kassenstatut in Kraft und machen die Herren Arbeitgeber und Mitglieder darauf aufmerksam, daß nach § 31 erhöhte Beiträge erhoben werden. Ferner weisen wir auf die Aenderung des § 21 hin. Die gedruckten Nachträge, welche den Herren Arbeitgebern zugestellt werden, sind von den Mitgliedern daselbst in Empfang zu nehmen.

Die Nordhäuser Kautabakarbeiter-Genossenschaft

E. G. m. b. H.

empfiehlt ihre vorzüglichen Kautabake allen Arbeitern und Parteigenossen aufs Angelegentlichste.

Agent für Halle und Umgegend: Herr **Fritz Schneckenburger,** Halle, Albrechtstraße 24.

In folgenden Geschäften sind die Produkte der **Kautabakarbeiter-Genossenschaft** zu haben:

Zigarrengeschäfte:
C. Beyer, Pfännerhöhe 33.
Th. Flöthe, Steinweg 38.
A. Groß, Geiststraße 5.
F. Grimm, Reilstraße 134.
R. Heinrich, Glauchaerstraße 66.

Kaufleute:
Fr. Konrad, Böllberg.
Fr. Fahlberg, Steinweg.
Fr. Friedrich, Raßnitz.
Ganz, Pfännerhöhe.
Höritz, Thomasiusstraße.
Hennicke, Thorstraße.
Joseph, Thomasiusstraße.
Rosenstock, Merseburgerstraße 150.
B. Siegel, Böllbergerweg.
Schlöffel, Trotharstraße.
Werner, Bernburgerstraße.

Restaurateure:
W. Faulmann, Unterberg.
O. Meyer, Trotha.
Reyberg, Pfännerhöhe.
Schramm, Merseburgerstraße 51.
Schaller, Bergstraße.

Flaschenbierhändler:
L. Bauer, Fritz Reuterstraße.

Konsumvereine:
Allgemeiner Konsum-V., Halle.
Tösnitz. Ammendorf. Röglitz.
Zwintschöna. Neideburg. Löbejün.

Halle a. S. den 24. Februar 1902.

P. P.

Unserer werten Kundschaft machen wir hierdurch die ergebene Mitteilung, daß wir unser bisher **Hirtenstraße 14** befindliches

Material- u. Kolonialwaren-Geschäft

mit dem heutigen Tage an Herrn **Albert Schröder,** hier, käuflich abgetreten haben.

Indem wir für das uns im hohen Maße geschenkte Vertrauen und Wohlwollen verbindlichst danken, bitten wir, dasselbe auch auf unsern Nachfolger gütigst übertragen zu wollen.

Wir ersuchen noch, die von uns verausgabten Marken bis spätestens **Ende dieses Monats** bei Herrn Schröder umzutauschen.

Hochachtungsvoll

Gebr. Luckau.

Auf vorstehendes der Herren **Gebrüder Luckau** höflichst bezugnehmend, bitte ich ergebenst, mich in meinem neuen Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen.

Ich verspreche, getreu den Prinzipien meiner Herren Vorgänger, nur beste Waren zu billigsten Tagespreisen zu führen und hoffe hierdurch, das dem Geschäft bewiesene Vertrauen zu erhalten.

Mit vorzüglichster Hochachtung

Albert Schröder.

Zigarren

gutes Lager
Zigaretten und Rauch-Tabak
große Auswahl
billigst bei
A. Gross, Geiststraße 5.

Konkurswaren-Verkauf.

Um schleunigst mit den **Restbeständen** aus der **Ernst Renner**schen **Konkursmasse herrührenden Warenbeständen** zu räumen, werden dieselben noch billiger als bisher verkauft. In dieser Woche kommen zum schleunigen Verkauf:

Konfirmandenanzüge, Herren-, Knaben- u. Burschen-Jackett- und Rockanzüge, Sommerüberzieher, Stoffhosen, Westen, Arbeiterbekleidungen in engl. Leder, Manchester, Hüte und Mützen, Schuhwaren. (Auch Sonntags geöffnet.)

14 Marktplatz 14. **14 Marktplatz 14.**

Reich illustrierte Oster-Zeitung.

Preis 10 Pf.

Ein prächtiges Titelbild **„Freie Ostern"** feiert den Sieg des Sozialismus über die mordbringende Kanone. Eine schöne Leiste auf der 2. Seite: **„Freiheit auf der Barrikade"** ziert das Leitgedicht. Auf der 3. Seite feiert eine Illustration: **„Ein neuer Galilei"** den im Kerker schmachtenden Arbeiter als Vorkämpfer der neuen Zeit. Ein prächtiges Vollbild auf Seite 4 und 5: **„Die Entwaffnung Europas"** und ein Schlußbild: **„Die Freiheit durchfeilt die Kerkerstäbe"** bilden neben 16 satirischen Vignetten auf Seite 6 und 7 den Bilderschmuck der Oster-Zeitung, deren reicher Inhalt in Poesie und Prosa auf der Höhe des zeichnerischen Schmuckes stehen wird.

Die Erfahrungen bei der konfiszierten Weihnachts-Zeitung veranlassen uns zu der dringenden Bitte: die Bestellungen **umgehend** — spätestens bis 25. Februar — zu machen.

Also schnell bestellen.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung, Geiststraße 21,
Hof parterre rechts.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Eugen Gross. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 48 — Halle a. S., Mittwoch den 26. Februar 1902 — 13 Jahrg.

Zum Zollkrieg.

In unglaublich plumper Weise hat der Abg. Friedberg von der nationalliberalen Partei in einer Versammlung, die am Sonntag in Halle stattfand, das Verhalten seines Fraktionsgenossen Sieg in der Zollkommission zu erklären versucht. Herr Sieg hat bekanntlich den Kompromißantrag unterzeichnet, obwohl der Führer der Nationalliberalen kurz vorher erklärt hatte, die Sätze der Regierungsvorlage seien für die Nationalliberalen die äußerste Grenze. Herr Friedberg erklärte nun, Herr Sieg habe nur einen ballon d'essai (Versuchsballon) steigen lassen wollen; er habe ermitteln wollen, bis zu welcher untersten Stufe unter den agrarischen Mitgliedern der Kommission eine Verständigung möglich sei. Die Unterschrift sei gegeben vor Posadowskys Erklärung.

An Herrn Friedberg scheint es sich zu erweisen, daß die Thätigkeit als nationalliberaler Politiker auch den Witz ungünstig beeinflußt.

Eine Wertsteigerung der Güter erfolgt, wie der Freis. Ztg. geschrieben wird, schon jetzt in Aussicht auf die Erhöhung der Getreidezölle. Dies tritt bei den Amtsgerichten in den Verhandlungen über Erbteilungen deutlich hervor, wenn es sich um Uebernahme eines Gutes seitens eines der Erbberechtigten handelt. Wenn dasselbe bisher von allen auf einen Wert von 60000 Mark geschätzt worden war, so machen die Miterben heute Schwierigkeiten. Sie behaupten, wenn die höheren Getreidezölle kämen, sei das Gut 80000 Mk. wert und billiger würden sie es dem Reflektanten auch nicht abgeben. Wenn in dem gegebenen Falle 4 Miterben vorhanden sind, so hat jeder einen einmaligen Gewinn von 5000 Mark. Derjenige, der das Gut übernimmt und die 20000 Mark mehr bezahlt, wird sofort wieder „notleidender Landwirt" und verlangt abermals eine Steigerung der Zölle, um bestehen zu können.

Gegen eine Erhöhung des Zollsatzes für Gerste im neuen Tarif erklärt sich der Staatsanzeiger für Württemberg.

Zur Stellungnahme gegen die Zolltarifvorlage soll nach Beschluß von Mitgliedern der Behörden in Berlin zwischen Ostern und Pfingsten eine Städtetag stattfinden.

Soziales.

— **Haushaltungen im Deutschen Reich** sind bei der Volkszählung am 1. Dezember 1900 im ganzen 12 260 012 ermittelt worden. Davon waren 11 308 081 (92,2 v. H.) gewöhnliche Haushaltungen (mit 2 und mehr Personen) und 870 601 (7,1 v. H.) Haushaltungen Einzelnlebender. Der Rest von 81,330 (0,7 v. H.) waren Anstalten (Gasthöfe, Pensionate, Kranken-, Straf-, Armenanstalten, Erziehungs-, Versorgungsanstalten, Klöster, Kasernen). Von der mit 56 367 168 Köpfen festgestellten Reichsbevölkerung leben 53 866 405 Personen in gewöhnlichen Haushaltungen, unter denen der Zahl nach Haushaltungen mit 3 und 4 Personen, der Zahl der Mitglieder nach solche mit 5 Personen vorwiegen. Auf die Anstaltshaushaltungen treffen 1 630 172 Personen. Bei den Haushaltungen Einzelnlebender kommen 272 742 männliche, 597 859 weibliche Personen in Betracht. Die Mitglieder der gewöhnlichen Haushaltungen setzen sich zusammen aus 47 979 041 Familienangehörigen (89,1 v. H.), 1 337 321 Dienstboten (2,5 v. H.) und 4 550 043 anderen Personen (8,4 v. H.), wie Schlafgänger, Aftermieter, Pensionäre, Pflegekinder 2c.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Textilarbeiter in Greiz. Vergangenen Sonnabend warden die Vertreter der Arbeiter der Firma Gebrüder Albert zu dem Regierungspräsidenten v. Meding und den Regierungsräten Dr. Hanitsch und v. Cammann geladen. Nach längerer Verhandlung versprachen die Regierungsvertreter den Arbeitern, weitere Schritte einzuleiten.

Achtung, Schneider! In Flensburg beabsichtigen die Schneider am 8. März in den Ausstand zu treten. Die Arbeitgeber haben alle Forderungen der Arbeiter abgelehnt.

Ausland.

Schweden. Deutsche Bäckergesellen werden von Agenten für Göteborg gesucht, da die dortigen Meister sich mit ihren Gehilfen in Differenzen befinden.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 24. Februar 1902, nachmittags 4 Uhr.

Vorsitzender: Steckner

Eingegangen ist eine Petition von Anwohnern des Südviertels betreffs Errichtung einer Feuerwehrstation für diesen Stadtbezirk. Die Sache, die schon einmal vorgelegt worden ist und auf 6 Wochen zurückgestellt wurde, ist von der Feuerwehr-Kommission geprüft worden. Oberbürgermeister Staude erklärt, daß die zuständige Kommission eine Feuerwehrstation im Süden für notwendig halt und der Wunsch der Petenten jedenfalls erfüllt werde. — Die altbekannte Petition wegen des Droschkenhalteplatzes an der Alten Promenade wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Der Hallesche Platz wird jedenfalls, wie vorgeschlagen, nach dem Platz vor dem Theater hinverlegt werden. — Ein Meldeschreiber erhebt Ansprüche gegen den Magistrat, weil er sich dienstlich in einem der Stadt gehörigen Grundstück in der Klosterstraße eine Verletzung am Beine zugezogen hat. Das dem Kollegium überreichte Schreiben soll dem Magistrat in Abschrift vorgelegt werden. Oberbürgermeister Staude erklärt, der Petent sei kein Beamter im Sinne des Gesetzes. Die Sache wurde vertagt. Nach der Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17. Februar wurde in die Tagesordnung eingetreten.

1. und **2. Der Landaustausch** in der Mansfelderstraße und der Landerwerb in der Burgstraße wird genehmigt.

3. Die Petition wegen Herstellung des von Trotha nach Brachwitz führenden Kommunikationsweges wurde dem Magistrat zur wohlwollenden Berücksichtigung überwiesen und zwar unter der Voraussetzung, daß die Interessenten einen entsprechenden Beitrag zu der Herstellung des Weges zahlen. Stadtv. Emmer spricht zu gunsten der Petenten. Der Weg sei so schlecht, daß das Vieh, welches dort transportiert werde, traktiert werden müsse. Der Magistrat möge dafür sorgen, daß bald Remedur geschaffen werde. Es sei auch zu berücksichtigen, daß dort viel Lohnfuhrwerk passiere.

4 und **5. Die Verstärkung** des Kapitels XII, B I — Bauwesen — des laufenden Haushaltsplanes um 4000 M. wird beschlossen und die Finalabschlüsse über Kapitel X — Schulwesen — für 900 werden mit den erforderlichen Nachbewilligungen festgesetzt.

6. Für das städtische Museum wird zur Anstellung eines Leiters ein Betrag von 2500 M. gefordert, da sich keine Person gefunden hat, die wie früher Rentier Otto das Museum im Ehrenamte leiten wolle. Es soll eine besoldete Stelle für einen jüngeren Kunstgelehrten geschaffen werden. Die Anstellung sollte zunächst probeweise und später auf Lebenszeit mit Pensionsberechtigung geschehen. — Stadtv. Krüger ist der Ansicht, daß die Vorlage einen Widerspruch enthalte, da darin gesagt werde, die Stelle solle vorübergehend und später auf Lebenszeit besetzt werden. Wenn ein Kunstgelehrter als Leiter engagiert werde, dann könnte die Stelle später einmal sehr kostspielig werden. Er wolle die Kunstsammlung nicht unterschätzen, möchte aber gerade in der Jetztzeit vor unangebrachten Ausgaben warnen. Schließlich besetze man die Stelle mit einem Gehalt von 7500 M. — Oberbürgermeister Staude entgegnet, des Vorredners Befürchtungen seien unbegründet; die Stelle würde nicht auf Lebenszeit, sondern nur vorübergehend mit Kündigung besetzt werden. Die Sache wurde schließlich bis zur nächsten Sitzung vertagt.

7 und **8. Die Nachbewilligung** für die Desinfektionsanstalt wird ausgesprochen und der Vermietung des im Erdgeschoß der Schmeerstraßenflügels des Ratskellergebäudes belegenen Ladens wird zugestimmt.

Punkt 9 fällt aus.

10. Die Feststellung des **Kämmerei-Haushaltsplanes** für 1902 — Kapitel III, VI, XI und XIII — führte zu einer ausgedehnten Diskussion, die bis gegen 1/29 Uhr abends währte.

Stadtv. Krüger monierte bei dem Kapitel offene Armenpflege die ungleiche Behandlung der in Not und Elend Geratenen. Der Armenpfleger des 18. Bezirks, Generalarzt Dr. Metzner, habe sich Armen gegenüber nicht schön und fein benommen. Es sei keine Art, den Armen mit dem Arbeitshaus zu drohen, und es wäre zu wünschen, daß die Armen in Zukunft besser behandelt würden. Eine arme Frau, die bei Metzner keine Unterstützung bekommen sollte, sei später unterstützt worden, als sie in einen anderen Bezirk gezogen war. Eine andere Frau hingegen, die 600—700 M. auf der Sparkasse gehabt und eine Wohnung im Preise von 93 Thalern, vielleicht zum Abvermieten, inne hatte, habe Unterstützung bekommen. Infolge des geringen Verdienstes nehme die Armut zu und es sei nicht schön gewesen, daß der Magistrat bei dem Maurerstreik das Bestreben nach mehr Verdienst durch die Streikklausel 2c. gehindert habe. Er habe der Unterdrückung der Arbeiter Vorschub geleistet.

Oberbürgermeister Staude glaubt entschieden zurückweisen zu müssen, daß der Magistrat bei der Unterdrückung armer Menschen Vorschub geleistet habe. Er könne es auch nicht ohne Zurückweisung vorübergehen lassen, daß der Vorredner einen Ehrenmann, wie den Generalarzt Metzner, in seiner Stellung angreife. Der Vorredner habe keine Berechtigung dazu, und er bitte die Versammlung, ihn bei der Zurückweisung der Angriffe zu unterstützen.

Stadtrat Pütter bedauert ebenfalls die Angriffe und glaubt, Herr Metzner sei nicht der Mann, der Arme in brüsker Weise behandle. Es sei richtig, daß die Armenverwaltung stellenweise von Leuten, die Geld auf der Sparkasse hatten, übers Ohr gehauen worden sei. Wenn man aber so etwas erfahre, dann sei es Pflicht, das der Armenverwaltung mitzuteilen, damit Untersuchungen angestellt werden können. Redner ersucht, die Namen der Frauen zu nennen. Den Schädigungen der Armengelder werde aber dadurch vorgebeugt, daß jetzt die Sparkasse über Einlagen solcher Personen Auskunft gebe. Früher habe sich die Sparkasse nicht darauf einlassen wollen. Wer jedoch auf Betrug ausgehe, könne die Armenverwaltung immer noch schädigen.

Der stellv. Vorsteher Steckner ist der Meinung, daß das Institut der Armenverwaltung turmhoch über Krügers Beschuldigungen erhaben ist (Zuruf: Mitleidig!) und Krügers unwürdiges Sprachrohr nicht geeignet sei, das Institut der Armenpflege herabzuwürdigen. — Krüger entgegnet, er habe das Institut der Armenpflege nicht herunterreißen wollen und habe nur gesagt, daß Herr Metzner sich nicht schön und fein benommen habe. Die Entrüstung sei gar nicht angebracht gewesen. Wenn der Vorsteher sein Sprachrohr bemängele, so müsse er erklären, daß ihm dasselbe ebenso viel wert sei, als dem Herrn Vorsteher sein Sprachrohr. — Vorsteher Steckner erklärt, daß er eine Kritik der Geschäftsordnung nach der Richtung hin nicht zulasse und ruft den Stadtv. Krüger zur Ordnung. — Stadtrat Pütter ersucht nochmals, die Namen der Frauen zu nennen, damit die Sache untersucht werden könne.

Stadtv. Osterburg (oben im Berichterstatterraum ziemlich unverständlich) behauptet ebenfalls, auf den Maurerstreik und die Interpellationen wegen der Lohnstreitigkeiten eingehend, daß dem Magistrat jede sozialpolitische Einsicht fehle. Bei der herrschenden Unruhe wurde er ersucht, zur Sache zu sprechen, widrigenfalls man ihm das Wort entziehen werde.

Stadtrat Pütter ersucht den Stadtv. Krüger nochmals, die Namen der beiden Frauen zu nennen. Redner bedauert ferner, daß diejenigen Personen, die ihre Frauen und Familien vernachlässigen, wenn sie angezeigt werden, im ganzen Deutschen Reiche von den Richtern sehr milde bestraft werden. Die Leute kämen mit 1—3 oder höchstens 14 Tagen Haft davon.

Stadtv. Krüger erklärt, die Namen der Frauen nicht nennen zu können, um die Interessen derselben nicht zu schädigen. Wenn Stadtrat Pütter bedaure, daß solche Personen, die ihre Familien vernachlässigen, nur gering bestraft werden, so beweist er damit, daß er die Verhältnisse nicht kennt. Die Richter, die in solchen Fällen milde Strafen verhängen, haben vielleicht schon eingesehen, daß durch Zwangsmaßregeln nichts gebessert wird. Die armen Leute sind schlecht erzogen und Produkte der heutigen Verhältnisse. Man möge versuchen, an der Jugend zu bessern, dann werden die Menschen schon besser werden.

Stadtrat Pütter meint, es sei ein Skandal, daß der Vorredner die Namen der Frauen nicht nennen wolle, um deren Interessen nicht zu schädigen und er damit der Armenverwaltung gegenüber wieder den Vorwurf der Parteilichkeit gemacht habe. Bei den Leuten, die ihre Familien vernachlässigen, **machten sich die sozialdemokratischen Einflüsse geltend.** Die Unzufriedenheit, die die Sozialdemokratie erregt habe, käme durch diese Leute offen zum Ausdruck. Die Leute sagten es den Armenpflegern offen ins Gesicht, daß sie sich nicht verpflichtet fühlten, für ihre Familien zu sorgen. Nicht die **Gesellschaft** sondern die **Sozialdemokratie** sei an den Verhältnissen schuld.

Stadtv. Krüger entgegnet, die Sozialdemokratie sei schon manchmal für Dinge verantwortlich gemacht worden, für die sie nicht verantwortlich gemacht werden könne. Die Partei gehe deshalb ruhig weiter. Wer die Ideale der Sozialdemokratie richtig erfaßt habe, der wisse auch, daß er für seine Familie zu sorgen habe. Die Sozialdemokratie wolle sich von redlicher Arbeit nähren, und er weise es mit Entschiedenheit zurück, die Sozialdemokratie mit Personen zu identifizieren, die ihre Familien vernachlässigen.

Bei dem Kapitel **Bauwesen** regt Stadtv. Osterburg an, die Treppen der Schulen, die von kleinen Schulkindern passiert werden, an beiden Seiten mit Geländern zu versehen, damit die Kinder vor dem Herunterstürzen geschützt werden. Stadtbauinspektor Rehorst erklärt, sich die Anregung Osterburgs zu Herzen nehmen zu wollen.

Bei dem Kapitel **Pflasterwesen** war zur Pflasterung der Turmstraße, die viel von Arbeitern frequentiert wird, ein Betrag von 6500 Mark ausgeworfen worden. Die Kommissionen hatten die Streichung dieser Position beantragt. Stadtv. Krüger tret energisch für die Pflasterung der Turmstraße ein; aber das Kollegium lehnte den Posten ab.

Die gelegentlich der Eingemeindung für Giebichenstein ausgeworfenen 35000 Mark zum Pflastern der dortigen Straßen wurden wiederholt vom Stadtv. Emmer besprochen. Es sei unrecht und erscheine als eine Vergewaltigung der Giebichensteiner Bürger, daß die für die Giebichensteiner bei der Eingemeindung bestimmten 7500 Mk., die wiederholt freitig gemacht worden sind, nicht für Giebichenstein verwendet werden. Wenn diesbezüglich für Giebichenstein nicht bald Wandel geschaffen werde, dann müßten andere Mittel ergriffen werden. — Bürgermeister v. Holly ist der Ansicht, daß der Eingemeindungsvertrag durch die Zurückbehaltung der 7500 Mk. nicht verletzt worden sei. Die Stadtv. Krüger und Osterburg traten ebenfalls für die Bewilligung der 7500 Mark ein. Das Kollegium lehnte es aber wiederum ab, diesen Betrag für Giebichenstein zu verwenden. — Kapitel II des Haushaltsplanes wurde wegen der vorgerückten Zeit vertagt und die geschlossene Sitzung fiel aus.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 25. Februar.

Die Wahlschwindeleien des Generalanzeigers.

Es ist erreicht! Die voltzeilichen Nachforschungen nach den verübten Wahlschwindeleien sind anscheinend beendigt und man hat herausgebracht, daß — aber lassen wir besser das amtliche Organ selbst reden. In der gestrigen Nummer schreibt es:

* **Wahlschwindel.** Wie wir bereits mitteilten, sind bei der letzten Stadtverordnetenwahl der III. Abteilung im dritten Bezirke arge Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Nach den bisherigen Feststellungen ist in 17 Fällen Schwindel nachgewiesen. 12 Bürger, welche nach Ausweis der amtlichen Wählerlisten für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben sollen, haben erklärt, daß sie überhaupt nicht an den Wahltisch getreten sind und daß sie bereit sind, diese Thatsache zu beschwören. Unter diesen 12 Bürgern befinden sich 4 Mitglieder von Kriegervereinen, die als königstreue Männer bekannt sind. In 4 Fällen sind Ehefrauen die Wahlkarten von Unbekannten abverlangt und auf Grund der Wahlkarten ist dann von den Unbekannten für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt worden. Endlich ist der Schlosser Richter auf frischer That ertappt, als er zu Unrecht im Namen des Wählers Hartmann die Stimme für die Herren Krüger und Thiele abgab.

Das also ist der großen Mühe kleiner Gewinn, die matte Frucht mehrwöchiger Arbeit zahlreicher Geheimpolizisten. Doch, man verstehe uns nicht falsch. Schwindel bleibt Schwindel und wird darum noch nicht zur Tugend, wenn er von unseren Parteigenossen verübt worden wäre, in der guten Absicht, unserer Sache zu dienen. Man sehe sich aber die Ziffern und die Fassung der General-Anzeiger-Mitteilung genauer an und man wird finden, daß zwischen der Feststellung, 17 Wähler hätten ihr Wahlrecht nicht ausgeübt, und der zwar nicht ausgesprochenen, aber zwischen den Zeilen zu lesenden Behauptung, Sozialdemokraten hätten für diese das Wahlrecht ausgeübt, eine klassende Lücke sich aufthut. Zunächst geben wir den Schlosser Richter ohne weiteres preis; wie haben sofort nach der Wahl die gleiche Meinung ausgesprochen und der General-Anzeiger hätte lediglich einer journalistischen Anstandspflicht genügt, wenn er seinen Lesern von unserer Stellungnahme Kenntnis gegeben hätte. Doch das hat ein unparteiisches Blatt nicht nötig.

Wie sieht also der Wahlschwindel aus? 12 Bürger wollen beschwören, daß sie nicht an den Wahltisch getreten sind, gleichwohl steht in der Wählerliste, daß sie sozialdemokratisch gewählt hätten. Wie war es nun möglich, daß andere Personen für sie das Wahlrecht ausgeübt haben? Entweder liegt eine Ungenauigkeit der Wählerliste vor oder den Genannten ist die Wahlkarte oder auch der Steuerzettel weggenommen worden. Wie sollten das sozialdemokratische Arbeiter fertig gebracht haben? Erkläre Derindur-General-Anzeiger diesen Zwiespalt der Behauptungen! Weiter. Hat nicht vielleicht bei so manchen dieser 12 die Furcht eine gewisse Rolle gespielt? Und waren sie nicht etwa der Ansicht, daß man ihnen aus ihrer sozialdemokratischen Wahl einen Strick drehen wollte, so daß sie sich sagten, es ist besser, sich vorläufig abwartend zu verhalten; es wird nicht dazu kommen, daß man schwören muß!!! Ferner sollen sich unter den 12 Bürgern 4 als königstreue Männer bekannte Kriegervereinler befinden. Wir wollen ihre Königstreue ohne weiteres gelten lassen. Aber diese bethätigt man nicht dadurch, daß man bei der Wahl zu Hause bleibt. Schließlich haben unbekannte Männer von 4 Ehefrauen die Wahlkarten abgeholt und darauf sozialdemokratisch gewählt. Wer sind diese Unbekannten? Hat keine der Ehefrauen sich dieselben näher angesehen, ehe sie die Wahlkarte herausrückte? Ebenso merkwürdig ist es, daß die Polizei auch nicht einen dieser Falschwähler entdeckt. Wenn es ihr mit unbedingter Sicherheit gelang, 17 Wahlberechtigte, welche ihr Wahlrecht nicht ausübten, herauszubekommen, warum mißlang die viel wichtigere Entdeckung eines Wahlfälschers?

Diese und ähnliche Umstände geben unseres Erachtens der ganzen Wahlschwindel-Angelegenheit ein völlig verändertes Gepräge. Jedenfalls sehen wir dem Ausgang derselben mit großer Ruhe entgegen. Wenn Ungehörigkeiten seitens sozialdemokratischer Wähler vorgekommen sind, so werden sie weder von uns, noch vom Wahlkomitee oder der sozialdemokratischen Parteileitung in Schutz genommen. Also abwarten!

Schusterle.

Ein zur Zeit hier bei seinen Eltern lebender Ingenieur erhielt gestern mittag einen Brief, in dem ihm mitgeteilt wurde, der Magistrat beabsichtige die Errichtung einer neuen Beamtenstelle beim Bauamt, und er sei dazu ausersehen, die Stellung zu bekleiden. Er möge nur am Abend — also gestern — nach dem Ratskeller kommen, wo nach Beendigung der Sitzung von den Stadtverordneten noch ein Glas Bier gemeinsam getrunken würde. Dabei möge er sich ein wenig splendid erweisen, was ihm nicht zum Schaden gereichen würde. Im übrigen möge er seinen Herrn Vater grüßen, der dem Schreiber des Briefes als lieber Freund gut bekannt sei. Unterzeichnet war der Brief

Thiele,
Redakteur und Stadtverordneter.

Zum Glück fiel der Empfänger des Briefes auf die Mystifikation nicht herein, sondern nahm persönlich mit dem angeblichen Briefschreiber über die Sache Rücksprache. Dabei stellte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0005

sich natürlich heraus, daß ein ganz nichtsnutziger Namensmißbrauch vorliegt, da der angebliche Schreiber des Briefes weder etwas von einer einzurichtenden neuen Stellung weiß, noch den Ingenieur oder seine Familie kennt, noch auch an dem stadtväterlichen Abendschoppen im Ratskeller nach beendeter Sitzung jemals teilnehmen wird, wenn er dazu gelangt sein wird, sein Mandat als Stadtverordneter ausüben zu können, was bisher noch nicht der Fall ist.

Von einem unbewußten Irrtum kann seitens des Briefschreibers nicht die Rede sein; diese Annahme ist ausgeschlossen durch die Doppelbezeichnung als Redakteur und Stadtverordneter, die an den Namen geknüpft ist. Was Schufterle mit seinem Schreiben bezweckt hat, ist ziemlich klar. Der Brief war so geschickt abgefaßt, daß die meisten auf ihn ohne weiteres hereingefallen wären. Der Schlußsatz, welcher von der Bekanntschaft mit dem Vater des Empfänger handelt, hätte können zur Entlarvung des Streiches führen, wenn nicht der Vater zufällig gestern ortsabwesend gewesen wäre, eine Thatsache, die vielleicht auf die Spur des Thäters führen kann. Möglicherweise ist nämlich der an sich verräterische Schlußsatz infolge Vertrautseins mit der Ortsabwesenheit des Vaters hinzugefügt worden, der Briefschreiber hat also vermutlich Kenntnis von diesem Umstande gehabt und ihn als Köder benutzt.

Wäre der Ingenieur, der Weisung folgend, nach dem Ratskeller gegangen und hätte er sich dort „splendid“ gezeigt, so wäre die Sache natürlich über kurz oder lang zum Klappen gekommen, und bei einigermaßen hitzigem Temperament hätte der Ingenieur sich an dem, der ihm diesen boshaften Streich gespielt haben sollte, schadlos zu halten versucht. Daß es anders gekommen ist, hat gewiß nicht in der Kalkulation Schufterles gelegen.

Und mit solchem Gesindel muß man sich herumschlagen!

Wie muß ein Mitgliederverzeichnis gemäß § 2 des Vereinsgesetzes aussehen?

w. Obige Frage hat das Kammergericht in einer für alle Arbeitervereine bedeutungsvollen Entscheidung beantwortet. In Zabrze in Oberschlesien hat sich ein polnischer Verein mit den Zielen einer Gewerkschaft gebildet. Der Vorsitzende Wycisk reichte der Ortspolizei ein Mitgliederverzeichnis ein, worin die Mitglieder mit Vor- und Zunamen aufgeführt waren. Das genügte indessen dem Amtsvorsteher nicht. Er ließ dem Vorsitzenden ein Schema zugehen und verlangte, daß nach diesem die Aufstellung der Mitgliederliste zu erfolgen habe. Darin sollte u. a. er das Alter der Mitglieder nicht schlechtweg, sondern Jahr und Tag der Geburt angeben. Bei einer Neueinreichung der Mitgliederliste hatte man letzteres nicht beachtet. Der Amtsvorsteher bedachte nun den Vorsitzenden mit einer Strafe und wiederholte seine Aufforderung noch zweimal vergeblich. Jedesmal wurde W. bestraft. Die Gerichte erster und zweiter Instanz hielten die Strafen aufrecht. Das Landgericht Gleiwitz erklärte den Verein für einen solchen, der auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wolle und meinte, das Verlangen des Amtsvorstehers sei nach § 2 des Vereinsgesetzes berechtigt.

Das Kammergericht in Berlin hat jetzt dieses Urteil aufgehoben und den Angeklagten freigesprochen. Der Präsident führte begründend aus: Der Vorsitzende des Vereins habe der im § 2 ausgesprochenen Verpflichtung, der Ortspolizei binnen drei Tagen ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, durchaus genügt. Zu der Einreichung eines Mitgliederverzeichnisses, das nach einem bestimmten Schema aufgestellt sei und die Angabe von Jahr und Tag der Geburt der Mitglieder enthalte, verpflichte § 2 nicht. Es genüge vielmehr die Angabe von Namen und Wohnort, sowie in größeren Städten der Wohnung. Nun habe die Polizei nach § 2 allerdings das Recht, von den Vorständen der Vereine im Sinne des § 2 eine auf das Verzeichnis und auf die Veränderungen im Mitgliederbestande bezügliche Auskunft zu verlangen. Dieses Recht gehe aber nicht so weit, daß sie immer und immer wieder ein Verzeichnis verlangen könne, und noch dazu nach einem bestimmten Schema. Insbesondere könne sie es dann nicht, wenn es sich, wie hier, nicht darum handele, eine genaue Auskunft über die Personen zu erlangen, sondern darum, ein Schema zu erreichen, das augenscheinlich der Polizeiverwaltung die bequeme Rubrizierung und Unterbringung in den Akten ermöglichen sollte. Nach alledem rechtfertige sich die Freisprechung.

Submissionen. Die Lieferung von Besen, Pinseln, Bürsten, Hanfseilen, Flachsschlauchen, eisernen Schippen und Drahtseilen rc. soll im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Mittwoch, den **26.** Februar, vormittags 10 Uhr auf dem Stadtbauamte einzureichen, woselbst die Muster ausliegen und die Verdingungsanschläge entnommen werden können. Der Stadtbaurat. Genzmer.

Die Stellmacher- und Schmiedearbeiten zur Erneuerung und Ausbesserung der Wegebau-Gerätschaften, sowie die Lieferung von Kanalsteigeisen für das Geschäftsjahr 1902 sollen im Wege der Wettbewerbung vergeben werden. Angebote sind bis Mittwoch, den **26.** Februar, vormittags 10 Uhr auf dem Stadtbauamte einzureichen, woselbst die Bedingungen ausliegen und die Verdingungsanschläge entnommen werden können. Der Stadtbaurat. Genzmer.

* **Von dem demoralisierenden Einfluß der Sozialdemokratie** auf die Armenpflege sprach gestern Herr Stadtrat Bütter in der Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums. Raummangel verbietet uns heute, diese Behauptung auf ihren wahren Wert zu beleuchten. Es ist auch nicht von Bedeutung, wenn Herr Stadtrat Bütter diese Behauptung immer wiederholt. Sie ist höchstens dazu angethan, uns in der großen Gegensätzlichkeit der beiderseitigen Ansichten zu bestärken. Indes werden wir gelegentlich noch einmal darauf zurückkommen.

* **Und doch wahr.** Der Selbstmord einer Frau Heinicke bestätigt sich. Eine Straßenverwechslung hat die redaktionelle Verlegenheit herbeigeführt. Auch der Vorgang ist an sich richtig dargestellt; nur ist es nicht die Frau des Schmiedes Heinicke in der Zietenstraße 34, sondern die Arbeiterfrau Amalie Heinicke, Leopoldstraße 31, welche dieses tragische Ende genommen hat. Ein Nervenleiden soll sie zum Selbstmord bewogen haben. Damit jedoch nicht eine abermalige Verwechslung möglich ist, fügen wir hinzu, daß nach dem Adreßbuch der Arbeiter Heinicke in dem betr. Hause parterre wohnt, dagegen der Schlosser Heinicke, gleichfalls daselbst wohnhaft, 3 Treppen.

L. **Die Revision** des Maurers Karl Saalmann aus Mötzlich, der wegen Beleidigung und Körperverletzung am 12. Oktober v. J. vom hiesigen Landgericht zu 4 Monaten und 1 Woche Gefängnisstrafe verurteilt wurde, ist gestern vom Reichsgericht verworfen worden. Es handelte sich um einen Vorgang, bei welchem Saalmann mit dem Maurerpolier Seidel wegen des Maurerstreiks in Streit geraten war und diesen mit einer Brechstange über den Rücken schlug.

* **Der stellvertretende Kassierer des Nationalliberalen Vereins** hat nach Mitteilung in der am Sonntag stattgehabten nationalliberalen Versammlung die Bücher gefälscht und mehrere Hundert Mark unterschlagen. Er befindet sich in Haft.

* **In die linke Backe gestochen** wurde gestern abend in der Magdeburgerstraße ein Arbeiter von einem Obersteiger aus Mötzlich. Die Polizei nahm beide mit zur Wache.

* **Die Ausnahmetage in den Bäckereien, an welchen die Gehilfen und Lehrlinge über die zulässige Arbeitsschicht hinaus beschäftigt werden dürfen, hat die Polizeiverwaltung festgesetzt** auf den 25. und 26. März, 15. und 16. Mai, 2. und 3. Oktober, 12. bis inkl. 23 Dezember. Durch diese Festsetzung wird das den Arbeitgebern nach Ziffer 13b der erwähnten Bekanntmachung zustehende Recht, Gehilfen und Lehrlinge an 20 weiteren Tagen über die sonst zulässige Dauer hinaus zu beschäftigen, nicht berührt. Gleichzeitig wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß auch an den Ueberarbeitstagen, mit Ausnahme des Tages vor dem Weihnachts-, Oster- und Pfingstfest, zwischen den Arbeitsschichten den Gehilfen eine ununterbrochene Ruhe von mindestens 8 Stunden, den Lehrlingen eine solche von mindestens 10 Stunden im ersten Lehrjahre, mindestens 9 Stunden im zweiten Lehrjahre gewährt werden muß.

* **Gefunden** wurden vom 1. bis 16. Februar nachstehende Gegenstände: 1 zweiräderiger Handwagen, 1 Haarbürste in Futteral, 1 Spazierstock mit Hirschhornkrücke, 1 brauner Pelzmuff, 1 Paar blaue Damenhandschuhe, 2 Portemonnaies mit Inhalt, 1 rot und grün karriertes Frauentuch, 1 schwarzer weicher Filzhut, 1 gestrickter Männerstrumpf, 4 Brennscheren und 1 Haarbürste, 1 goldenes Armband, 1 goldener Damenring mit hellem Stein, 1 Regenschirm, 1 2reihige Korallenhalskette, 1 Paar Gummischuhe, 1 gerupfte Gans, 1 schwarzer Regenschirm mit grauschwarzer Krücke, 1 weißes Kettenarmband, 1 Damenportemonnaie mit Inhalt und Fahrbillet, 1 schwarzer Muff.

Verloren wurden: 1 grüner Arbeitsbeutel mit Handschuh, 1 goldene Damenuhr mit langer Stahlkette, 1 goldene Damenuhr mit langer Kette, 1 brauner Winterüberzieher mit schwarzem Sammetkragen, 4 Lose der preußischen Lotterie, 1 Siegelring gez. M. Hoffmann, 1 goldener Trauring gez. E. W. 17. 5. 99, 1 Portemonnaie mit ca. 29 Mk., 1 goldene Damenuhr mit kurzer goldener Kette und Medaillon, 1 Portemonnaie mit ca. 14 bis 15 Mk. und 2 Schlüsseln, 1 brauner Bibermuff mit Handschuh.

Bezügliche Auskunft wird während der Dienststunden im Polizeisekretariat IV, Rathausstraße 19, Zimmer Nr. 56, erteilt.

* **Welt-Panorama.** Eine ganz neue Reihe vortrefflicher Aufnahmen aus dem Nordwesten des Harzes ist diese Woche ausgestellt. Panoramen und Straßenbilder der alten Stadt Goslar mit ihren charakteristischen Denkmälern altdeutscher Baukunst, unter welchen das Kaiserhaus, die Kaiserworth, das Rathaus, das Gildehaus, der Kaisersaal und die Ruinen der alten kaiserlichen Gemächer des Kaiserhauses hervorragen. Vom Okerthal sind wunderschöne Partien aufgenommen. Der Eingang ins Okerthal, der Wasserfall bei Romkerhall, der ganz sonderbare Riesenfelsblock-Aufbau „Mausefalle“ und der Treppenstein sind überraschend hübsch und eigenartig. Schlittenfahrt und Skiläufer in Schulenberg führen in die so reizvolle Harzer Winterlandschaft ein. Vom Winterfest in St. Andreasberg zeugen die von Künstlerhand geformten Schneeskulpturen: Waldersee und Li-Hung-Tschang, die Eskimo-Hütte, die Sphinx und die Gnomen-Gruppe. Da dort der Winter etwas durabler ist, als hier bei uns, so halten sich solche Kunstwerke denn auch längere Zeit und verlohnt sich die auf deren Modellierung verwendete Mühe. — Jedem Harzfreund und solchen, die die Harzer „Alpenwelt“ erst kennen lernen wollen, ist der Besuch dieser Serie sehr zu empfehlen.

Merseburg. Der Sozialdemokratische Verein beschloß in seiner Versammlung am 23. ds. Mts. mit 13 gegen 4 bei 2 Stimmenthaltungen, künftig die Versammlungen in der Funkenburg abzuhalten. Der Verein hat damit bewiesen, daß es ihm Ernst damit ist, die Funkenburg nach Kräften zu unterstützen. Hoffentlich lassen sich die Gewerkschaften, welche, wie es scheint, die Sachlage noch nicht richtig erfaßt haben, baldigst dahin belehren, daß sie ebenfalls diesem Beispiel folgen. Gründe, wie seitens des Fabrikarbeiter-Verbandes in dieser Frage angegeben werden, sind in jeder Weise hinfällig. Der Fabrikarbeiter-Verband, nach dem Metallarbeiter-Verband die größte Organisation am Orte, muß ebenfalls auf die angedeutete Weise seinen Pflichten gegen das Parteilokal nachkommen.

Ein weiterer Beschluß von eminenter Wichtigkeit für die organisierte Arbeiterschaft von Merseburg ist darin gefaßt worden, daß seitens des Sozialdemokratischen Vereins das Kartell ersucht wird, eine allgemeine Gewerkschaftsbibliothek zu errichten. Der Sozialdemokratische Verein stellt hierzu seine ziemlich reichhaltige Bibliothek zur Verfügung. Hoffentlich sehen hierbei die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, welche noch nicht Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins sind, ein, daß sie die heilige Pflicht haben, nun auch ihrerseits diese Organisation zu kräftigen und zu unterstützen, denn nur erst dann ist man ein „modern“ denkender Arbeiter, wenn man dieser Anforderung Genüge leistet.

Merseburg. Einen genußreichen Abend bot am Sonntag, den 17. d. M., die Freie Volksbühne ihren Mitgliedern. Der Genosse Swienty-Halle rezitierte nach einem kurzen Vortrag über Kunst und Volk eine Anzahl Gedichte alter und neuerer Dichter, so u. a. Freiligrath, Henkell, Herwegh, Mia Holm rc. Trotzdem der Unterhaltungsabend schwach besucht war, folgte doch die Mehrzahl der Erschienenen mit Ruhe und Andacht den Vorträgen. Hoffentlich bieten die organisierten Arbeiter öfter einmal so etwas äußerst Lehrreiches; sie würden wahrlich nichts dabei riskieren, im Gegenteil, viele noch so indifferente Arbeiter würden dadurch nach und nach aufgeklärt werden.

Zeitz. Der Streik in der Firma Worms dauert fort. Wenn auch der Zuzug von auswärts verhältnismäßig stark ist, so steht der Streik doch günstig. Im Laufe der Woche hat ein Drechsler Kroker aus Leipzig als Streikbrecher angefangen. Derselbe, von den Streikenden mehrmals ersucht, aufzuhören, äußerte einfach: Was geht mich der Streik an, ich will nicht auf die Landstraße. Aber unter 24 Mark arbeite ich nicht. Jedenfalls zahlt auch Herr W. den Lohn. Aber Traillen, für welche W. 5 Pfg. geben wollte, kommen dabei auf 10 Pfg. pro Stück. So muß es auch sein. Herr W. bittet inständig seine Kundschaft um Geduld. Morgen hole ich aus Leipzig Drechsler. Darüber verlieren die Kunden die Geduld. Es geht auch ohne die Herren, sagte diese Woche der Buchhalter. Es mag aber die Zeit nicht fern sein, wo er sagen kann, es geht auch ohne Worms und mich. Im Laufe dieser Woche fangen Streikende in einer Firma an, welche bisher ihre Arbeit bei W. herstellen ließ und zwar nur deshalb, weil W. die Arbeit billiger anbot, als die Firma sie herstellen konnte. Gewiß der Gipfel der Schundkonkurrenz! Dafür noch ein Beispiel. In einer anderen Fabrik erkrankte kürzlich ein Drechsler. Er hatte für eine Sorte Säulen 60 Pfg. erhalten. Als er zurückkam, erhielt er nur 40 Pfennig mit der Begründung, für 60 Pfennig liefere sie Worms fix und fertig. Dieses hielt ihm bei eine Verhandlung der Bevollmächtigte vor. Worms meinte, ein anderer hätte sich für 0.55 angeboten, er hätte auch billiger arbeiten müssen. Ein Arbeiter überführte ihn aber sofort, daß Worms sich gleich für 0.45 erboten habe. Bei solchen Schundpreisen sollen dann die Arbeiter die Prügeljungen sein. In seiner Not verspricht nun Worms in seinen Offerten goldene Berge. Wenn er seinen alten Leuten den Lohn gegeben hätte, welchen er jetzt den Rausreißern anbietet, so hätte er sich viel Sorgen ersparen können. Er bietet jetzt 40 Pf. die Stunde. Aber trotzdem will keiner anbeißen. In einer uns vorliegenden Offerte schreibt W.: Wegen groben Benehmens und Aufwiegelei der anderen Kollegen kündigte zweien meiner Drechsler. Darauf kündigten die anderen. Ich werde diese nie wieder einstellen. Er vergißt dabei zu erwägen, ob er überhaupt jemals wieder Drechsler einstellen kann. Er sieht jetzt schon aus, wie der betrübte Lohgerber, welchem die Felle weggeschwommen sind. Seine eingerichteten Leute wurden gern aufgenommen und W. verliert einen Kunden nach dem andern. Mag er sich bei seinem tüchtigen Werkführer Menzel trösten, welcher, nebenbei gesagt, in Leipzig, nachdem er den Streikbrecher gemacht, als Meister für den hohen Lohn von 16 Mark, sage sechszehn Mark die Woche, gnädig behalten wurde.

K. **Weißenfels.** Stadtverordneten-Sitzung. Die gemischte Kommission, welche der Magistrat beantragt hatte zur nochmaligen Beratung der Frage eines Schulhausneubaues, erklärte, den Bau eines Schulhauses auf dem Klemmberge ablehnen zu müssen bis nach Regelung der Seminarfrage. Selbstverständlich trat die Versammlung der Ansicht einstimmig bei. Etwas anderes hatten wir auch nicht erwartet. Nur zur Abwechselung einen anderen Grund. Bis jetzt hieß es kurz, dazu haben wir kein Geld. Hier klammert man sich an die seit Menschengedenken zu lösende Seminarfrage. Viele Projekte, die notwendig waren, sind gescheitert durch diese Frage, z. B. die Ueberwölbung des Stinkbaches usw. Daß aber das Wohl der Kinder unseren Stadtverordneten am Herzen liegt, ist außer Zweifel. Eine nachträglich eingegangene Vorlage stand zur Beratung, wonach 3600 M. zur Beschaffung von Lehrmitteln gefordert wurden. Für diese Vorlage wurde die Dringlichkeit anerkannt und glattweg wurden die 3600 M. bewilligt für Anschaffung von Lehrmitteln für die — Oberrealschule. — Das Stiefkind Volksschule mit den unzufriedenen Lehrern gehört unter den Tisch. Ganz recht!

Auch der nächste Punkt, der Ankauf des Lindnerschen Grundstückes, zeigte dasselbe Bild für kommunales Verständnis. Wiederholt ist der Stadt das 20480 Quadratmeter große Lindnersche Grundstück an der Merseburger Chaussee mit zwei Gebäuden angeboten worden, zuletzt für den Preis von 55000 Mark, kommt auf den Quadratmeter ohne die daraufstehenden Gebäude etwas über 2.68 M. Statt die Erwerbung von Grund und Boden als städtisches Eigentum zu verfolgen, werden derartige günstige Gelegenheiten nicht geachtet. Als Vertreter des Sports bewies dies namentlich Herr Geppert. Nachdem der Magistrat in Aussicht gestellt, daß das Lindnersche Grundstück bis zur Bebauung als Platz für Schaubuden zur Abhaltung von Viehmärkten u. s. w. benutzt werden könnte, beklagte sich Herr Geppert, daß der Verein Sportplatz durch die Nichtbenutzung von der Stadt geschädigt würde. Also auch deshalb und außerdem, weil das Grundstück zu teuer sei, wurde der Ankauf abgelehnt.

Weniger Schwierigkeiten machte der nächste Punkt, die Annahme einer Schenkung und der Ankauf eines Landstreifens auf dem Klemmberge. Der Stadtrat Singer hat in hochherziger Weise längs seines auf dem Klemmberge gelegenen Grundstückes hinter den jetzigen Anlagen der Stadt mehrere Fuß breit abgetreten zum Zwecke der Errichtung eines Bismarckdenkmals. Die sich daran knüpfenden Bedingungen lauten dahin, daß noch eine Parzelle des Jukuffschen Grundstückes hinzugekauft wird. Die Kosten werden 500 Mark betragen. Daß ein Denkmal für Bismarck errichtet wird, hielt man für selbstverständlich, nur der Platz sei nicht dafür geeignet. Auch sollen die Denkmalskosten durch freiwillige Gaben aus der Bürgerschaft aufgebracht werden. Da werden die Bismarckverehrer (die nach Aussprache Bismarcks im Reichstage an die Wand gedrückt werden müßten, daß sie quietschten) wohlt schlechte Geschäfte machen. Die letzte Denkmalssammlung hat einen jämmerlichen bürgerlichen Patriotismus gezeigt — weil bezahlt werden sollte. Daß man für die Schenkung von vielleicht einem Morgen Land den Herrn Stadtrat Singer als hochherzig und edeldenkend feierte, versteht sich von selbst. Doch wie wir nun einmal sind, alles von zwei Seiten betrachtend, namentlich, wenn nach den damit verbundenen Bedingungen durch einen Astelzaun dann die Abgrenzung geschaffen wird, daß ein Betreten der Singerschen Grundstücke unmöglich wird, so stimmen wir nicht mit in diese große Lobeserhebung. Die Grundstücke werden geschützt auf Kosten der Stadt und ein mehrfacher Millionär wird als edeldenkend für diesen Landstreifen gefeiert. Die weiteren Punkte der Tagesordnung boten weniger Interesse.

-t. **Naumburg.** Wie schon früher, so auch jetzt wieder fühlt der Braumeister der Brauerei Henne das Bedürfnis, das ihm untergebene Personal ängstlich vor der Berührung mit dem — Lokal der hiesigen Parteigenossen zu bewahren. Ja selbst auf sein Dienstmädchen dehnt er diese väterliche Fürsorge aus, indem er demselben aufs strengste untersagte, den Brauerball am vergangenen Sonnabend zu besuchen. Die dabei von seiten des Herrn Braumeisters gebrauchten Redewendungen hier wiederzugeben, widerstrebt uns, und werden dieselben an anderer Stelle und berufeneren Personen übermittelt werden. Nur das eine steht fest, daß Herr Brauereibesitzer Schröter auf keinen Fall mit dem Vorgehen seines Braumeisters einverstanden wäre, wenn er von dem Auftreten des letzteren zur richtigen Zeit genaue Kenntnis erhielte. Leider fehlt dem größten Teil des Brauer- und Hilfspersonals der Henne der nötige Mut, um den Machinationen des Braumeisters mit Erfolg entgegen zu treten und endlich einmal zu beweisen, daß seine Herrschaft einmal ein Ende nehmen kann. Sollte eventuell in zweiter Linie Brotneid von seiten des Braumeisters in Frage kommen, so kann sein Vorgehen auf keinen Fall den Interessen der Brauerei Henne nützen, denn dann hat er gewiß vergessen, daß in fast sämtlichen mittleren Lokalen unserer Stadt, in welchen Hennebier verzapft wird, ebenfalls Gäste des Schwarzen Adlers verkehren, denen das Wort „Solidarität“ kein leerer Wahn sein dürfte. — Wie ganz anders sticht das Entgegenkommen der Geschäftsleitung von Hartung u. Berthold gegen das Gebaren des Braumeisters der Henne ab, welch erstere den Ballteilnehmern 1½ Hektoliter Bier spendete und ihrem Personal im übrigen den rechtzeitigen Besuch des Balles durch verkürzte Arbeitsschichten ermöglichte. — Vielleicht nimmt sich Herr Brauereibesitzer Schröter seiner Arbeiter etwas mehr an, wenn ihm dieselben offen und ehrlich mitteilen, welche Ursachen ein gedeihliches Zusammenarbeiten des Personals mit dem Braumeister unmöglich machen. Vorläufig wird die organisierte Arbeiterschaft von Naumburg ein wachsames Auge auf das weitere Gebaren des Herrn Baumeisters haben.

Theißen. Aus Furcht vor Strafe machte am Sonntag der im Gefängnis in Theißen in Untersuchungshaft befindliche Handelsmann Albert Berlich seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

Ueberfahren wurde der Geschirrführer Klärung aus Klein-Wölkau bei Crensitz. Er erlitt einen Beinbruch und eine Verletzung des Schulterknochens. — In Eisleben wurden ein Arbeiter und ein 16jähriger Bergjunge verhaftet, weil sie Sittlichkeitsverbrechen mit der 8jährigen Tochter des Arbeiters begangen haben sollen.

Gewerbegericht.

Halle, 17. Februar.

Die letzte Sitzung, zu der 19 Sachen zur Verhandlung anberaumt waren, gestaltete sich sehr umfangreich. Den Vorsitz führte Stadtrat Winter und als Beisitzer wirkten, Maschinenfabrikant Eberius, Buchdruckereibesitzer Schwetschke, Bohrer Rammler und Bauarbeiter Robitzsch.

Für die schöne Kunst nach besten Kräften einzutreten hatte sich die Trommlerin Maria Theresia Pitterling nach einer Orchesterordnung dem Konzertmeister Barbe gegenüber verpflichtet. Herr [illegible] tritt mit seiner Kapelle im Bratwurstglöckle auf und verlangt nach dem Kontrakte, von den Spieldamen ein höchst anständiges Benehmen; auch ist vorgeschrieben stets in weißer Kleidung zu erscheinen. Fräulein Pitterling soll aber durch ihr Betragen die Bestimmungen der Orchesterverordnung verletzt haben, weshalb sie eines Tages sofort entlassen worden ist. Die Klägerin verlangt wegen kündigungsloser Entlassung eine 14tägige Lohnentschädigung in Höhe von 51.50 Mk. Der Beklagte weigert sich zu zahlen und behauptet, die Klägerin habe sich ungebührlich betragen, indem sie bei dem Einsammeln Gäste geduzt habe rc. Eine Spielkollegin bekundete aber, daß sie niemals etwas Unanständiges an der Klägerin wahrgenommen habe. Im Gegenteil habe sich die Klägerin tapfer verteidigt, wenn ihr seitens eines Gastes etwas Unschickliches

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0006

geboten wurde. Als eines Tages ein Gast versuchte ihr Bein hoch zu heben, hatte sie demselben eine derbe Ohrfeige verabreicht. Das Gericht erblickte in dem Betragen der Klägerin keinen Grund zur Entlassung und verurteilte den Beklagten zur Zahlung der Entschädigung in Höhe von 51.50 Mk.

Wegen „unbotmäßigen" Benehmens war der Oberkellner Becker von dem Direktor Poller des Apollo-Theaters plötzlich entlassen worden. Becker verlangte nun 150 Mk. Weinprozente vom Maskenball und noch einen erheblicheren Betrag als Lohnentschädigung. Er war in letzterer Zeit als Geschäftsführer thätig gewesen und hatte als solcher das Dienstpersonal, ausgenommen das Personal in der Küche, zu beaufsichtigen. Der Beklagte will aber nicht zahlen, da Becker sich des Beklagten Frau gegenüber in der Küche unbotmäßig benommen habe. Becker bestreitet aber, sich ungebührlich benommen zu haben; er habe nur eines Mittags, als es etwas spät geworden, in der Küche sein Essen verlangt und da habe Frau Poller dem Personal gegenüber unpassende Worte gebraucht. Wegen des Anfragens in der Küche sei er dann von dem Direktor zur Rede gestellt worden, worauf er nur entgegnet habe: „Ich lasse mich nicht militärisch drillen." Direktor Poller entgegnet, dem Kläger sei verboten worden, in die Küche zu gehen; er habe aber trotzdem die Küche betreten. Mit dem Verbote wurde bezweckt, den Verkehr zwischen Köchinnenu usw. und dem übrigen Personal zu verhindern. Da könnten sonst Verhältnisse angeknüpft werden, die nur auf Kosten des Geschäfts bestehen. Der Kläger, der als Geschäftsführer und Beaufsichtiger der ihm Unterstellten gewissermaßen verpflichtet war eine Autorität auszuüben, habe das ganze Personal angeborgt und das gehe doch nicht. Die Sache wurde schließlich behufs weiterer Beweiserhebung vertagt.

Ebenfalls vertagt wurde die Sache des Bäckergesellen Kretschmar, der gegen Bäckermeister Pirl wegen kündigungsloser Entlassung klagt. Kläger verlangt 33 Mk. und sollte heute beschwören, daß er niemals bei der Arbeit im Teige stecken geblieben sei und niemals bei der Arbeit geschlafen habe. Der Kläger wollte den Eid auch leisten, obwohl er zugeben mußte, daß die Sache für ihn sehr bedenklich werden konnte. Er stützte sich darauf, daß ihm nicht nachgewiesen werden könne, ob er einmal geschlafen habe, was jedoch nicht unmöglich sei. Der Gerichtshof zog es vor, dem Kläger nochmals eine längere Bedenkzeit bezüglich der Eidesleistung zu geben, da dem Kläger allgemein der Rat erteilt wurde den Eid nicht zu leisten. Mit der Eidesleistung steht und fällt natürlich die Forderung.

Ein Vergleich kam zu stande in der Sache des Tischlers Schnabel, der gegen den Maurermeister Schöttensack wegen einer Forderung von 36.55 Mk klagte. Beklagter zahlt dem Kläger 18.30 Mk. und letzterer verzichtet auf die Mehrforderung.

Abgewiesen mit seiner Klage wurde der Siederohrschweißer Stowronsky, der gegen die Halleschen Röhrenwerke wegen kündigungsloser Entlassung (Vierteljahrsgehalt von 648 Mark) und 200 Mk. Reisegeld klagte. Der Kläger hatte sich auf 1 Jahr vom 1. November 1900 bis 1. November 1901 verpflichtet, wurde aber inzwischen wegen Trunkenheit entlassen, obwohl es im Vertrage hieß, der Kläger sei unkündbar. Nachdem Kläger wieder eingestellt, war aber ein neuer Vertrag gemacht worden, wo noch keine Kündigung bestand. Der Einwand des Vertreters vom Kläger, daß der letztere Vertrag ungiltig sei, da er gegen die Gewerbeordnung verstoße, indem er nicht im Duplikat gemacht worden, wurde als nicht stichhaltig bezeichnet. Die Gewerbeordnung schreibe von Duplikaten nichts vor.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 22. Februar.

Mit großer Geschicklichkeit hatte es der 36jährige Arbeiter August Mühe aus Gräfenhainichen, geboren in Burgkemnitz, verstanden, eine ganze Reihe schwerer Einbruchsdiebstähle in vielen Orten aus der Umgebung von Gräfenhainichen zu begehen. Er ist viermal wegen Eigentumsvergehen vorbestraft. Die Straftaten waren begangen in der Zeit vom 23. Oktober bis Ende Dezember v. J. und erstreckten sich auf die Orte: Burgkemnitz, Werben, Koswig, Schköna, Mescheide, Botau, Heidemühle, Güldenberg und Schlabitz. Sein Haupthandwerkszeug war ein kräftiger Zentrumsbohrer, mit dem er Fenster und Thüren anbohrte und sich dann mit anderen Diebeswerkzeugen in den Gebäuden Einlaß verschaffte. Besonders hatte er Gastwirte und Kaufleute bei seinen nächtlichen Streifzügen aufgesucht und allerhand Nahrungs- und Genußmittel, wie Butter, Speck, Wurstwaren, Zigarren 2c., mitgenommen. Natürlich nahm er Ladenkassen, Uhren und Ketten, wo ihm solche Dinge unter die Finger kamen, noch lieber. Bei einigen Gastwirten hatte er die vor den Fenstern angebrachten Haken losgelöst, und wo das Erbrechen und Zerstören von Befestigungsmitteln zu viel Störung verursachte, nahm er sich die Mühe, langsam den Kitt von den Fenstern loszulösen. Der Angeklagte soll zum „Schmiere stehen" auch einen Komplizen gehabt haben; er wußte aber nur, daß der Mann Ulrich hieß, und so blieben die angestellten Ermittelungen nach einem zweiten Thäter ergebnislos. An zwei Orten wurde der Angeklagte durch Hunde verscheucht und als die Eigentümer der entwendeten Sachen herbeigeeilt kamen, mußte er die bereits in Beschlag genommene Ladenkasse stehen lassen und durch das Fenster die Flucht ergreifen. Der Angeklagte wurde bei seinen Diebereien so dreist, daß er eines Tages bei dem Mühlenbesitzer Bachmann in Gräfenhainichen ein Pferd aus dem Stalle holte und damit nach Wittenberg ritt, wo er es bei einem Roßschlächter für 45 Mk. verkaufte. Schließlich fiel Verdacht auf ihn und es fand eine Haussuchung statt, bei der eine Reihe der entwendeten Sachen vorgefunden wurde. Der Angeklagte ist geständig und behauptet, sämtliche Straftaten nur aus Not begangen zu haben; er habe keine Arbeit gefunden. Der Staatsanwalt war der Ansicht, daß der Angeklagte nicht ohne sein Verschulden in Not geraten sei. Der Angeklagte sei ein raffinierter Einbrecher und deshalb wegen acht vollendeten und zwei versuchten schweren Diebstählen zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust zu verurteilen. Das Gericht erkannte dem Strafantrag gemäß.

Verworfen wurde die Berufung des Arbeiters Richard Rohner aus Warnrode, der vom Schöffengericht in Löbejün wegen Körperverletzung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Der Angeklagte hatte eines Tages den Arbeiter Johann Biebahn, von dem er vermutete, daß er, B., beabsichtige, ihn aus der Stellung zu bringen, in Gemeinschaft mit dem Arbeiter Schmidt auf der Straße von Plötzkau nach Löbejün mit einem Stocke erheblich mißhandelt. In den Akten des Schöffengerichts heißt es, Biebahn sei derartig mit Blut überströmt gewesen, daß das Blut in die Stiefeln lief. Der Verletzte hatte eine 5 Zentimeter lange Wunde davongetragen. Schmidt, der vom Schöffengericht zu 2 Monaten verurteilt worden war, hatte keine Berufung eingelegt.

Von Erfolg war die Berufung des Geschirrführers Julius Hermann Tänzer aus Reinsdorf bei Lauchstädt. Das dortige Schöffengericht hatte ihn wegen Körperverletzung und Beleidigung zu 3 Monaten 2 Tagen Gefängnis verurteilt, weil er am 3. Oktober v. J. auf dem Felde ein junges Mädchen mit einem sogen. Pflugreitel auf den Kopf geschlagen hatte. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 1 Monat und 1 Tag Gefängnis, da es als erwiesen annahm, daß die Verletzte den Angeklagten erst geschimpft und dadurch gereizt hatte.

Ebenfalls Strafermäßigung trat ein in der Sache des Arbeiters Alwin Sträubert aus Wolfen bei Bitterfeld. Er hatte am 13. August gelegentlich eines Tanzvergnügens in Muldenthal ein 18jähriges Mädchen dreimal mit einem Bierglase auf den Kopf gehauen, weshalb das Schöffengericht in Bitterfeld auf 1 Monat Gefängnis erkannte. Da das Mädchen den Angeklagten zuerst geschlagen hatte, erniedrigte das Gericht die Strafe auf 1 Woche Gefängnis.

Das Musterungsgeschäft im Regierungsbezirk Merseburg.

Torgau.

Zur öffentlichen Kenntnis, daß die Musterung in der Zeit vom **3.** bis einschließlich **8. März** im Torgauer Schützenhause stattfindet.

Montag, den 3. März, vormittags 8 Uhr: Adelwitz, Arzberg, Audenhain, Beckwitz, Belgern und Bennewitz. Vormittags 10½ Uhr: Ammelgoßwitz, Annaburg, Gemeinde, Schloß und königliche Oberförstereien Annaburg und Tiergarten, Außig, Arien, Blankenau und Cöllitzsch.

Dienstag, den 4. März, vormittags 8 Uhr: Camitz, Cunzwerda, Dautzschen, Döbelitz, Döbern, Döbrichau, Drebligar, Drögnitz mit Neiden, Elsnig, Eulenau, Graditz nebst Gestütsvorwerken Döhlen und Repitz, Gräfendorf und Großwig. Vormittags 10½ Uhr: Bethau, Beyern, Bockwitz, Dommitzsch, Commende Dommitzsch, Dröschkau und Falkenberg.

Mittwoch, den 5. März, vormittags 8 Uhr: Großtreben, Kathewitz, Kaucklitz, Klitzschen, Kranichau, Kreischau, Langenreichenbach, Löhsten, Loswig, Mahitzschen, Mehderitzsch, Melpitz, Mockritz und Nichtewitz. Vormittags 10½ Uhr: Hintersee, Hohndorf, Kähnitzsch, Kaisa, Kobershain, Labrun, Lausa, Lebien, Lichtenburg, Liebersee, Lösnig, Mahlitzsch, Mockrehna, Naundorf, Neußen, Oelzschau, Ottersitz und Paußnitz.

Donnerstag, den 6. März, vormittags 8 Uhr: Probsthain, Püllswerda, Prettin, Rehfeld, Buschwitz, Rosenfeld, Sitzenroda, Staupitz und Süptitz. Vormittags 10½ Uhr: Plossig, Polbitz, Blotha, Pressel, Purzien, Roitzsch, Schildau, Schilderhain, Schirmenitz, Schöna, Seidewitz, Staritz und Wohlau.

Freitag, den 7. März, vormittags 8 Uhr: Taura, Torgau und Triestewitz.

Sonnabend, den 8. März, vormittags 8 Uhr: Strelln, Trossin, Vogelgesang, Weidenhain, Welsau, Werdau, Weßnig, Wildenhain, Wildschütz, Zeckritz, Zinna, Zschackau, Züllsdorf und Zwethau.

Aus dem Reiche.

Berlin. In einer jüngst abgehaltenen Sitzung von Spiritisten erzählte ein Herr Krüger die folgende Geschichte: Am 14. November v. J. macht er eine Geschäftsreise und spricht bei dieser Gelegenheit bei der als „Medium" bekannten Frau Rothe vor. Es ist ihm äußerst fatal, daß er auf seinem Rundgange in irgend einem Geschäfte seinen Regenschirm stehen gelassen hat, auch weiß er nicht wo. Das geniert aber Frau Rothe nicht, denn sie wird den Schirm bald herbeischaffen. Und richtig, nach kurzem Plaudern sieht Herr Krüger, wie ein Schein durchs Fenster hereinzieht, der sich in der Hand des Mediums zu seinem stehen gelassenen Regenschirm materialisiert. Er fragt dann als gewissenhafter Mann auf dem Rückwege bei allen vorhin besuchten Geschäften nach seinem Regenschirm nach, um der Sache auf den Grund zu kommen und erfährt schließlich im letzten Laden, daß eine Dame, die schattenhaft eingetreten und auch ebenso wieder verschwunden sei, den Schirm abgeholt habe. — Es giebt eine Menge in der Stadt der Intelligenz, die diese Geschichte gläubig angehört haben!

— Eine Anklage, die das höchste Interesse medizinischer Kreise erregt, wird am 5. März vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kommen. Die Anklage richtet sich gegen einen als Operateur und Spezialist für Frauenkrankheiten angesehenen Arzt und Professor (der Name wird nicht genannt), dessen Klientel sich vielfach aus den Damen höherer Stände zusammensetzt. Ihm wird zur Last gelegt, bei einer schwierigen Operation einen Kunstfehler begangen und dadurch den Tod einer Patientin verursacht zu haben. Die Verhandlung, die im kleinen Schwurgerichtssaale stattfinden wird, dürfte einen großen Umfang annahmen, da außer zahlreichen Zeugen auch eine große Reihe medizinischer Kapazitäten aus Deutschland und Oestreich als Sachverständige geladen sind. Den Vorsitz des Gerichtshofes wird Landgerichtsdirektor Tackmann führen.

Lüdenscheid. Durch ein in den Kohlen befindliches Sprenggeschoß wurde auf der Bahnstation Ohl ein großes Unglück herbeigeführt. Eine Anzahl Rottenarbeiter nahm gerade ihr Mittagessen in einem außer Gebrauch gesetzten Eisenbahnwagen ein, als der Ofen explodierte. Der Waggon wurde vollständig zertrümmert, die sämtlichen darin befindlichen Arbeiter schwer, einige tödlich verletzt. Mehrere in der Nähe befindliche Frauen wurden gleichfalls so schwer verletzt, daß ihre Ueberführung in das Hospital erfolgte.

Bonn. Die Frau des Tagelöhners Ehrenberg in Stotterbeck bei Hennef im Sieg-Kreis erhielt von den französischen Behörden die Mitteilung, daß ihre jetzt in Paris verstorbene Schwester sie zur Erbin ihres Riesenvermögens, welches auf fünf Millionen Franks geschätzt, eingesetzt hat.

Gera. Der 50jährige Ziegelmeister Pfeil wurde Sonntag früh in einem Straßengraben mit zertrümmertem Schädel aufgefunden. Da der Ermordete noch Uhr und Geld bei sich hatte, nimmt man an, daß er das Opfer eines Racheaktes geworden ist.

Leipzig. In einem hiesigen Hotel erschoß sich der Marine-Assistenzarzt erster Klasse Dr. Alfred Gloye aus Altona.

Wurzen. In Thammenhain sind drei Kinder des Rittergutsgärtners Banden auf dem Schwanenteiche eingebrochen und ertrunken.

Mainz. Am Montag morgen stürzte sich der Kaufmann Ganz von hier von der Eisenbahnbrücke in den Rhein und ertrank.

Sonnenburg. Beim Schlittschuhlaufen brachen vier Knaben ein. Zwei ertranken, zwei konnten gerettet werden.

Großenhain. Eine ganz unglaubliche Geschichte wird aus einem Dorfe bei Radeburg erzählt. Bei einer Revision der Feuerwehr wunderten sich die Revisoren, daß der von zwei Mann gezogenen und ebenso viel Mann geschobenen zweiräderigen Spritze von einigen anderen Einwohnern ein großer viereckiger Stein nachgetragen wurde. Den Revisoren war es höchst rätselhaft, welchem Zwecke der Stein dienen sollte und erst an dem als Brandplatz bezeichneten Orte wurde ihnen Aufklärung. Auf den Stein kam die Karrendeichsel zu liegen, „da sonst die Spritze nicht im Gleichgewicht bleibe"! Mit vieler Kunstfertigkeit und Mühe wurde ein Schlauch durch die Radspeichen an die Spritze geschraubt. Kopfschüttelnd sah dies der revidierende Branddirektor und steckte dann den Leuten mehrere Lichter auf. Daß die Spritze beim Gebrauch von dem Karren heruntergenommen werden müßte, war ihnen vollständig fremd. Aber glücklich waren sie, als sie sahen, wie bequem sich der Schlauch anschrauben ließ, wenn die Spritze auf dem Erdboden steht, und wie schön es sich drückt, ohne daß befürchtet werden muß, daß die Spritze aus dem Gleichgewicht kommt. Am glücklichsten aber waren sie darüber, daß sie den „ahlen Steen", mit dem sie sich jahrelang geplagt hatten, nicht mehr mitzuschleppen brauchen, wenn ihre Hilfe nötig wird.

Augsburg. Die Berichte über die Hinrichtung Kneißls stimmen darüber überein, daß er mit einem Gebete auf den Lippen gestorben ist. Bis zum letzten Momente versicherte er seiner Mutter, den bei ihm weilenden Geistlichen und seinem Verteidiger, daß er die beiden Gendarmen nicht absichtlich erschossen habe. Die Beerdigung fand unter Assistenz der Geistlichkeit statt. Als die Zeremonien beendet waren und die Geistlichkeit die Worte sprach: „Der Gerechtigkeit ist Genüge gethan," schrie die Mutter Kneißls laut: „Ja, der Ungerechtigkeit! Umbracht habt's ihn, Ihr Justizmörder!" Nur auf Zureden ihrer Verwandten beruhigte sie sich und entfernte sich nach etwa einer Viertelstunde, gefolgt von einem Schwarm Neugieriger, denen sie auf dem Wege fortwährend erregte Worte zurief. Die Sektion der Leiche ergab, daß die Schußwunden im Unterleib gut verheilt waren und nur einige Narben zurückgelassen hatten. Unter den vor dem Thore versammelten Zuschauern befand sich auch ein Spießgeselle Kneißls, der Flecklbauer Rieger. Er bot seine Ansichtspostkarten an.

Vermischtes.

* **Liebestragödie.** In einem Hotel zu Olmütz hat sich ein elegant gekleidetes Paar, welches anscheinend aus Deutschland zugereist ist, erschossen. Es ist bisher nicht gelungen, die Identität der beiden festzustellen.

* **Große Veruntreuungen** im Betrage von mehreren Millionen Kronen sind bei dem Bürgerlichen Brauhaus in Budweis entdeckt worden. Die Unterschlagungen reichen bis auf 10 Jahre zurück. Die gezahlten hohen Dividenden sind auf Grund falscher Buchungen herausgerechnet worden.

* **Mit einem Straßenbahnwagen** stieß am Sonntag in Paris ein Omnibus zusammen. Vier Passagiere wurden erheblich verletzt.

* **Das Erdbeben in Schemacha** hat im ganzen 4500 Häuser zerstört. Jetzt ist Kälte und Schneefall eingetreten. Seit einigen Tagen sind Typhus und Scharlach ausgebrochen. Menschen- und Tierleichen gehen in Verwesung über, es herrscht großer Mangel an warmen Räumen.

* **Bei einem heftigen Brande** kamen am Sonntag in Lulea (Schweden) sieben Personen, darunter vier Kinder, ums Leben.

* **Beim Schlittschuhlaufen** ertranken am Sonntag bei Badstena (Schweden) vier Arbeiter.

Versammlungsberichte.

Maurer.

In der am 18 d. M. stattgefundenen Versammlung wurden die Verhandlungen über die Tarifgemeinschaften des Arbeitgeberverbandes zu Frankfurt a. M. diskutiert. Im allgemeinen kann man sich mit den Ausführungen, welche Heuer-Berlin dortselbst gemacht hat, einverstanden erklären. Nur ist es zu bedauern, daß unsere Halleschen Meister davon nichts wissen wollen. Es ist zu erwarten, daß, wenn sie einmal gezwungen werden, einen Vertrag mit uns abzuschließen, sie denselben doch wieder bei der ersten besten Gelegenheit brechen. Darum ist es Pflicht aller Kollegen, auch in den schlechten Zeiten die Versammlungen zu besuchen, um den Meistern Respekt einzuflößen, damit auch wir dahin kommen, mit ihnen Verträge abzuschließen, welche von Jahr zu Jahr erneuert resp. verlängert werden. Hierauf wird der Beitrag für dieses Jahr auf 50 Pf. pro Woche festgesetzt. Darauf wird beschlossen, 100 Stück Broschüren: Bericht des Arbeitersekretariats, anzuschaffen und dafür zu agitieren, damit noch mehr bestellt werden können. Ferner wird beschlossen, die Broschüre der Arbeiterschutzkommission obligatorisch einzuführen. Zum Schluß spricht die Versammlung ihr Bedauern darüber aus, daß ein Kollege, welcher eine Strafe zu verbüßen, dieselbe auch freiwillig angetreten hat, zu einem Termin gefesselt durch die Straßen geführt worden ist. Hierauf schließt der Vorsitzende die nur mäßig besuchte Versammlung. Eing. 21. 2. P. H.

Gottenz.

Eine öffentliche Volksversammlung wurde am 16. Februar im Rößlerschen Saale abgehalten. In derselben sprach Genosse Krüger über das Thema: Der Kampf der Sozialdemokratie mit ihren Gegnern. Die Ausführungen des Redners endeten in der Mahnung an die Arbeiter, sich fest zusammen zu schließen, sich über ihre Lage klar zu werden und eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu erstreben. Auch der Austritt aus der Landeskirche wurde vom Redner gestreift. Lebhafter Beifall folgte den Worten des Genossen Krüger.

In der Diskussion ergriff Genosse Stadtv. Schinke aus Bernburg das Wort. Er stimmte den Worten des Referenten zu und forderte die Anwesenden besonders auf, den Wirt zu unterstützen, damit das Lokal auch weiter der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen kann. Ein in der Versammlung anwesender katholischer Arbeiter trat unter Heiterkeit der Versammlung für die Religion ein. Genosse Krüger suchte ihn zu belehren. Genosse Hoppe-Halle forderte noch zum Abonnement auf das Volksblatt auf, da diese Zeitung unerschrocken die Interessen der Arbeiterschaft vertrete. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung schloß die gutbesuchte Versammlung. Eing. 20. Februar. H. M.

Gewerkschaftskartell Zeitz.

Sitzung vom 7. Februar. Der Vorsitzende giebt bekannt, daß sich die Buchdrucker und Lithographen dem Kartell angeschlossen haben. Ueber die Organisationsverhältnisse in Zeitz sprach sich Kollege Gerhardt dahin aus, daß die meisten Gewerkschaften einen Rückgang zu verzeichnen haben, was hauptsächlich dem schlechten Geschäftsgange zuzuschreiben ist. Er ist der Meinung, daß andere Mittel und Wege gefunden werden müssen, um den Gewerkschaften neue Mitglieder zuzuführen. Daß in den größeren Zahlstellen nicht genügend Material in den Versammlungen auf der Tagesordnung stehe, kann nicht behauptet werden, da meistens Vorträge gehalten werden; nur die kleineren Gewerkschaften sollten sich mehr befleißigen, um den Mitgliedern mehr Verständnis betreffs der Gewerkschafts-Bewegung beizubringen, damit nicht so viele Abmeldungen vom Verbande vorkommen können.

Der Vorsitzende tadelte die Handlungsweise des früheren Delegierten Biehner. In der nachfolgenden Diskussion erklärte der Delegierte der Tabakarbeiter, daß seine Gewerkschaft nicht zurückgegangen sei. Kollege Hentschler erklärt von den Zimmerern, daß sie 20—25 Mitglieder abgenommen haben. Nachdem einige Kollegen die Verhältnisse ihrer Organisation klargelegt hatten, wurde ein Antrag angenommen, eine Hausagitatin und Flugblatt-Verteilung vorzunehmen, wozu eine Kommission von 7 Kollegen gewählt wurde, welche die Vorarbeit dazu übernehmen sollen.

An Stelle des Kollegen Römer wurde Kollege Ehler für die Bibliothek gewählt. Kollege Weißkopf führte Beschwerde über die Handhabung der Bibliothek, welche in einer Sitzung geregelt werden soll. Die verschiedenen Eingänge konnten nicht berücksichtigt werden.

Ferner wurde angeregt, eine Arbeitslosen-Versammlung abzuhalten; dieselbe wurde jedoch abgelehnt. Kollege Hentschler stellte den Antrag, den in der November-Sitzung angenommenen Antrag zu kassieren, welcher nach seiner Meinung nicht mit Recht bestehe. Nach langer Debatte zog Hentschler seinen Antrag zurück, weil er nicht genügend Unterstützung fand. Hierauf Schluß der Sitzung.

Es fehlten entschuldigt: 1 Zimmerer; unentschuldigt: 1 Erdarbeiter, 2 Metallarbeiter, 1 Maler und 1 Schneider. (Eingeg. am 17. Febr.) R.

Aue bei Zeitz.

Am 16. Febr. fand im Dianasaal eine öffentliche Bergarbeiter-Versammlung statt, welche von über 200 Personen besucht war. Zunächst sprach Genosse Reichstagsabgeordneter Sachse, Zwickau, über das Thema: Die Krisis und die Aufgabe der Arbeiterbewegung. Der Referent ging zunächst auf die heutgie anarchistische Produktionsweise ein. Er schilderte die kolossale Ueberspekulation von seiten der Großkapitalisten und erkärte den Anwesenden, wie darauf ein Bankkrach nach dem anderen gekommen sei und dies die Krise in dem Maße heraufbeschworen habe. Des weiteren kam Redner auf den Krieg Englands und Transvaals. Er erklärte, daß dieses Ereignis, sowie die China-Affäre einen großen Beitrag geleistet haben zu unserem wirtschaftlichen Niedergang. Zum Schluß streifte der Redner noch den Zolltarif und erkärte, daß dieser geeignet sei, eine immerwährende Krise aufrecht zu erhalten und daß es unserer ganzen Kraft bedürfe, um dieses abzuwenden. Dieses könne aber nur durch eine wirksame politische und gewerkschaftliche Organisation ermöglicht werden. An diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine kleine Diskussion.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0007

In seinem Schlußwort munterte Genosse Sachse besonders die noch nicht organisierten Arbeiter auf, sich recht zahlreich der Organisation anzuschließen; die Organisierten ermahnt er, treu und fest zu ihrer Gewerkschaft zu halten, denn gerade die jetzige Krise sei geeignet, die Arbeiter von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Auch der Vertrauensmann wies im Verschiedenen auf die ausgelegten Beitrittsscheine hin und forderte die nicht organisierten Kameraden auf, recht ausgiebigen Gebrauch davon zu machen, darauf wurde die Versammlung mit einem dreimaligen Glückauf geschlossen. Eing. den 20. Februar. R. H.

Müller.

In der Versammlung vom 16. Februar wurden zunächst die Beiträge erhoben und ein neues Mitglied aufgenommen. In der Angelegenheit Senftleben stimmen Halle und Leipzig für Ausschluß desselben. Zwei weitere Kollegen der hiesigen Zahlstelle werden als ausgeschlossen betrachtet wegen nicht korrekter Handlungsweise. Ferner beklagt sich der Kassierer, daß verschiedene Kollegen bei ihm erscheinen, welche Reiseunterstützung und Lokalgeschenk beanspruchen, obwohl bei ihnen das Verbandsbuch noch weit im Rückstande ist; dieselben mußten selbstverständlich abgewiesen werden. Aus diesem Grunde suchen die Abgewiesenen immer die hiesige Zahlstelle in ein schlechtes Licht zu stellen. Von der Weihnachtsbescherung wurde Rechnung gelegt; es war ein Defizit von 18.85 Mk. zu verzeichnen; der Fehlbetrag wurde aus der Lokalnebenkasse bestritten. Am Sonnabend, den 1. März, findet im Vereinslokal ein Familienabend statt. Zum Schluß werden noch fünf Mann zum Kontrollieren des Arbeitsnachweises gewählt. Eing. 22. 2. K. K.

Eisleben.

Steinsetzer. Am 16. d. M. fand eine Versammlung in Schumanns Lokale statt, die mäßig besucht war. Von den Meistern waren zwei erschienen. Die Versammlung kritisierte zunächst den geplanten Zoll auf Steine; es wurde eine ablehnend gefaßte Resolution einstimmig angenommen. Sodann wurde die Lohnfrage besprochen und von den meisten Rednern betont, daß im Akkord noch viele Mißstände zu beseitigen seien. Von den Meistern wurde erwähnt, daß sie mit der auswärtigen Konkurrenz zu rechnen hätten, am schlechtesten kam dabei die Hallesche Innung weg. Es soll eine Besprechung sämtlicher Filialen der Umgegend stattfinden, die die Lohnfrage für den Kreis regeln soll. Nachdem noch verschiedene Mißstände besprochen waren, erfolgte Schluß der Versammlung. Kollegen, es ist nun Eure Pflicht, Mann für Mann dem Verbande beizutreten und die Versammlungen pünktlich zu besuchen!

Eing. 21. 2. L. W.

Bitterfeld.

Das **Gewerkschaftskartell** veranstaltete am 16. Februar einen wissenschaftlichen Vortrag. Genosse Beißwanger-Nürnberg gab mit Hilfe seiner Apparate zunächst eine interessante Beschreibung der drahtlosen Telegraphie. Hierauf erläuterte er, gleichfalls mit Hilfe von Apparaten, das Wesen der Röntgen-Strahlen. Zum Schluß hielt Genosse Beißwanger noch einen lehrreichen Vortrag über die Darwinsche Entwickelungslehre. Den Worten des Vortragenden wurde gespannte Aufmerksamkeit entgegengebracht, und reicher Beifall wurde ihm am Schlusse seiner Ausführungen zu teil. Von allen Seiten wurde der Wunsch geäußert, doch recht bald wieder derartige belehrende Vorträge halten zu lassen. Das Gewerkschaftskartell ist gern bereit, diesem Wunsche nachzukommen, nur muß die Bitterfelder Arbeiterschaft auch ihrer Pflichten den Organisationen gegenüber eingedenk sein. Darum hinweg mit der alten Gleichgiltigkeit! Fort mit den Klimbimvereinen und hinein in die Gewerkschaften! Wenn jeder Arbeiter seine Schuldigkeit thut, sich politisch und gewerkschaftlich organisiert und die Arbeiterpresse energisch unterstützt, wird auch die Lage der Arbeiterschaft geistig und wirtschaftlich gehoben werden. Das Gewerkschaftskartell wird zur Erstrebung dieses Zieles stets mitarbeiten.

Eingeg. 19. 2. O. A.

An die Parteigenossen des Wahlkreises Merseburg-Querfurt.

Parteigenossen! Nächstes Jahr finden bekanntlich die Reichstagswahlen statt. Es ist nun unsere Pflicht, schon jetzt mit der Agitation zu beginnen, um unserm Wahlkreise eine Vertretung zu erringen, welche der Arbeiterschaft würdig ist, eine sozialdemokratische. Es ist nun natürlich eine kolossale Arbeit nötig, um es dahin zu bringen, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Feinde aus dem Felde geschlagen werden.

Jeder Arbeiter, der es ehrlich meint mit den Prinzipien unserer Partei, jeder Parteigenosse, der da wünscht, daß unser Wahlkreis sich unseren Nachbarkreisen würdig zur Seite stellen kann, hat die Verpflichtung, sich an der bevorstehenden Arbeit voll und ganz zu beteiligen. Denn es ist eines Sozialdemokraten nicht würdig, die Parteiarbeiten durch eine Handvoll furchtloser Männer machen zu lassen, sich selbst aber in sicherm Versteck abseits vom Kampfplatz zu halten und vielleicht noch am Biertisch räsonnieren und kritisieren, daß es nicht schnell genug vorwärts geht. Jeder, der die Prinzipien unserer Partei als richtig anerkannt hat, hat auch als ganzer Mann die Verpflichtung, die Prinzipien in immer weitere Kreise zu tragen; dazu gehört:

1. daß jeder **die Parteipresse selbst liest** (mit dem Lesen der Parteipresse sieht es in unserm Wahlkreise noch sehr böse aus),
2. muß jeder für die weiteste Verbreitung unserer Presse eintreten,
3. hat jeder die Verpflichtung, der politischen Organisation des Wahlkreises, dem **Sozialdemokratischen Kreisverein, beizutreten.**

Wenn jeder, der nicht nur dem Namen nach Parteigenosse sein will, diese drei Punkte beherzigt, können wir mit Freuden in den Wahlkampf ziehen, und mit Freuden werden wir dann sehen, daß auch über unserm Wahlkreis die Fahne der Sozialdemokratie flattert.

Nun noch etwas über den Sozialdemokratischen Kreisverein. Der Verein hat seinen Sitz in **Schkeuditz** und ist der Kreis eingeteilt in vorläufig vier Distrikte. Die Distrikte haben eine Distriktsleitung, welche ihren Sitz in Merseburg, Querfurt, Lützen und Schkeuditz haben und können die Parteigenossen ihre Anmeldung bei den betreffenden Distriktsleitungen bewirken. Das Einschreibegeld beträgt 20 Pfg., die monatliche Steuer ebenfalls 20 Pfg. Es ist also dem Aermsten Gelegenheit geboten, dem Verein beizutreten und hoffen wir, daß der Verein in nächster Zeit nicht nur Hunderte sondern Tausende von Mitgliedern aufzuweisen hat.

Also nun frisch ans Werk! Auf zur Agitation! Hinein in den Sozialdemokratischen Kreisverein!

Mit sozialdemokratischem Gruß

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Der Vorstand: Wilh. Böhm.

* *

Ein ähnlicher Aufruf geht uns aus **Merseburg** zu. Am Schlusse desselben heißt es u. a.:

Wer noch eine Spur freiheitlichen Geistes in sich trägt, noch einen Funken männlichen Mutes bewahrt hat, der muß der Gleichgiltigkeit entsagen und sich der politischen Organisation anschließen. Gering sind die Opfer, die im Verhältnis zu dem dafür Gebotenen zu bringen sind. Ein Monatsbeitrag von 20 Pfg. ist alles, was von Euch verlangt wird.

In diesem Kreise gleichartiger und gleichstrebender Genossen trägt jeder seinen Teil zur Entwickelung unserer sozialen und politischen Verhältnisse bei. So z. B. bei den Wahlen zum Reichstag und wie zu den anderen in Betracht kommenden Wahlen, wo die Organisation als lokale Wahlleitung fungiert und von ihrer Stärke oft der Ausfall der Wahl bestimmt wird.

Arbeiter, Handwerker, bekundet den Mut, aus der Zurückhaltung stiller Sympathie herauszutreten und dafür **einzutreten** in die hierorts neugebildete Organisation, den **Sozialdemokratischen Verein für Merseburg-Querfurt.**

Anmeldungen zur Aufnahme in den Verein werden in allen Versammlungen und bei den bekannten Parteigenossen entgegen genommen. H. S.

Letzte Nachrichten.

Newyork, 25. Febr. Der Bürgermeister erließ gestern nachmittag eine Bekanntmachung mit folgendem Wortlaut: „Morgen wird die neue Yacht des deutschen Kaisers hier vom Stapel laufen und von der Tochter unseres Präsidenten auf den Namen „Meteor" getauft werden, worauf die Stadt nachmittag im Rathaus dem Prinzen das Ehrenbürgerrecht erteilen wird. Im Hinblick auf diese interessanten Ereignisse fordere ich die Bürgerschaft auf, den morgenden Tag als **Festtag** zu betrachten und an ihren Wohnungen und Geschäftshäusern **Nationalflaggen aufzuhängen.**"

Kassel, 25. Febr. Bei **Roßla** wurde gestern auf den D-Zug Berlin-Frankfurt ein **Attentat** verübt, indem plötzlich ein Kugelschuß ein Fenster des Speisewagens zertrümmerte. Einem Herrn wurden dabei die Hände verletzt.

London, 25. Februar. Morning Leader bringt ein Telegramm aus dem Haag, wonach die beiden Kammern zu einer gemeinschaftlichen Sitzung einberufen werden sollen, damit ein **Regent gewählt werde,** der die Staatsgeschäfte während eines Jahres leite, um der jungen Königin die Möglichkeit zu geben, zur **Herstellung ihrer Gesundheit** eine längere Reise ins **Ausland** zu unternehmen.

Washington, 25. Februar. Beim Einzuge des Prinzen Heinrich kam es zu einem **Zusammenstoß** des prinzlichen Wagens mit einem Landauer. Die Deichsel desselben fuhr, als der Wagen um eine Ecke in der Pensylvania-Avenue biegen wollte, gerade in ihn hinein. Staatssekretär **Hay,** der neben dem Prinzen saß, wurde **schwer verletzt.**

Briefkasten der Redaktion.

X. Y. Die Polizei in M. hat durchaus nicht das Recht, von den Arbeitern, welche dort in Stellung treten, die Hergabe der Invalidenkarte zu verlangen; die sie dann dem Arbeitgeber zustellt. Es ist zwar nicht von praktischer Bedeutung, ob der Arbeiter seine Karte selbst behält, wozu er nach dem Gesetz unter allen Umständen befugt ist, oder ob er sie der Polizei oder dem Unternehmer überreicht, es lassen sich sogar Gründe geltend machen, die das letztere als zweckmäßig erscheinen lassen, allein gezwungen kann und darf kein Arbeiter werden, seine Karte aus der Hand zu geben.

Abrechnung

über die Kosten der Wahlagitation der am 20. Dezember 1901 stattgefundenen Reichstagsersatzwahl des Wahlkreises **Wittenberg-Schweinitz.**

Einnahmen:

Von Genossen Gerisch, Berlin, erhalten	2677.— Mk.
„ der örtlichen Parteikasse	23.43 „
Durch Genossen auf Listen gesammelt	53.40 „
Freiwillige Extrabeiträge	8.60 „
Summa	2762.43 Mk.

Ausgaben:

Für Druckrechnungen	646.80 Mk.
„ Referenten	277.80 „
„ Porto und Schreibmaterial . .	67.36 „
„ Flugblattverbreitung	908.82 „
„ Stempel	21.— „
„ Lokalmiete	64.— „
„ Entschädigungen	594.45 „
„ Fahrgelder per Bahn, Post usw.	182.20 „
Summa	2762.43 Mk.

Revidiert und für richtig befunden. Sämtliche Belege, Listen usw. lagen uns vor.

Das Wahlkomitee.
J. A.: Karl Kiehle, Vertrauensmann.

Die noch nicht öffentlich quittierten Eingänge sind: Von Skatspielern bei Otto —.40, Sammelliste Nr. 52 3.35, 53 2.85, 54 4.45, 55 1.50, 56 3.—, 57 21.40, 60 1.—, 61 2.85, vom schlauen Adolf in Piesteritz 1.10, vom Genossen Kieburg 3.—, Mosert 1.50, Hermann Mucke 1.50, Giebler 1.50 Mk.

Nachträglich eingegangen für die Parteikasse: Bei dem roten Polterabend gesammelt 2.10 Mk.

Das Wahlkomitee:
G. Giebler. G. Schröder. H. Winter. W. Mucke.
E. Ziegler. G. Thiele. K. Kiehle.

Quittung.

Für Parteizwecke:

Von der Löbejüner Agitations-Kolonne durch P. 1.15 Mark. Gr.

Von einer silbernen Hochzeit 1.25 M. Gr.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), den 22. Februar.

Aufgeboten: Kaufmann Danneberg und Gertrud Knauthe (Halle und Dresden).

Eheschließungen: Arbeiter Kitzel und Marie Lehmann (Hermannstraße 22 und Langestraße 4). Kaufmann Pütz und Luise Schober (London und Große Steinstraße 20). Handlungsgehilfe Ullner und Fanny Zeischold (Leipzig und Bernhardystraße 20). Buchdrucker Ellrich und Bertha Rose (Albrechtstraße 11 und Kleine Schloßgasse 7). Kaufmann Streifler und Marie Martin (Weidenplan 24 und Meckelstraße 14). Schmied Kummer und Anna Huhnstock (Steinweg 13 und Rannischestraße 6). Fleischer Opitz und Elsa Loose (Freiimfelderstraße 37 und Reideburgerstraße 2).

Geboren: Ableser Möbius T. (Weingärten 31). Telegraphisten Lehmann S. (Beesenerstraße 23). Kaufmann Henze S. (Steinweg 52). Kellner Büttner S. (Jahnstraße 3). Arbeiter Schmiljun S. (Luckengasse 4). Schlosser Maurer T. (Saalberg 21). Schlosser Sänger S. (Jakobstraße 46). Assistent Krause S. (Pfälzerstraße 9). Ingenieur Schröder S. (Robert Franzstraße 8). Maurer Körner S. (Schützenstraße 20). Schachtmeister Schulz S. (Jakobstraße 21). Zuschneider Skalnik S. (Moritzzwinger 5). Wachtmeister Völker T. (Merseburger-Chaussee 10). Schmiedemeister Wendt T. (Martinstraße 2).

Gestorben: Hausdieners Arendt T., totgeboren (Delitzscherstraße 78). Gelbgießer Büchel, 62 J. (Siechenanstalt). Ingenieurs Dreyer Ehefrau, 66 J. (Anhalterstraße 8).

Halle (Nord, Burgstr. 38), den 22. Februar.

Aufgeboten: Fleischermeister Reichardt und Klara Schinke (Geiststraße 30). Bergmann Wilke und Anna Ritter (Arnstedt und Am Kirchthor 18).

Eheschließungen: Schlosser Berschmann und Emma Deutschbein (Große Wallstraße 20 und Ludwig Wuchererstraße 63). Geschirrführer Franke und Anna Vogel (Böckstraße 13). Arbeiter Richter und Frida Krug (Belfortstraße 1a). Geschirrführer Opel und Anna Meißner (Jägerplatz 12).

Geboren: Maurer Baum S. (Gabelsbergerstraße 14). Arbeiter Hoffmann T. (Belfortstraße 10). Arbeiter Fieller S. (Große Wallstraße 4). Arbeiter Schönefeld T. (Böckstraße 9). Bäckermeister Kuhne S. (Eichendorffstraße 37). Maurer Knote S. (Zietenstraße 3). Arbeiter Claus T. (Trothaerstraße 1). Arbeiter Semran S. (Körnerstraße 9). Arbeiter Körting S. (Köthenerstraße 3). Arbeiter Ufer T. (Große Gosenstraße 19).

Gestorben: Privatmann Selle, 64 J. (Feldstraße 8). Bahnwärter a. D. Schewe, 78 J. (Blumenthalstraße 7). Gastwirt Kaschner, 45 J. (Klinik).

Halle (Süd, Steinweg 2), den 24. Februar.

Aufgeboten: Werkführer Stein und Frida Stadermann (Rixdorf und Meckelstraße 3). Arbeiter Nitzschke und Rosalie Rößler (Unterplan 1 und Schülershof 1). Lehrer Dietze und Margarete Pietzsch (Brandenburg und Leipzigerstraße 100). Bergmann Brehme und Bertha Riese (Klostermansfeld und Riestedt). Steinbrecher Tänzer und Elise Tänzer (Krosigk und Halle).

Geboren: Direktor Bertram S. (Martinsberg 10). Arbeiter Küstenbrück S. (Weingärten 31). Packmeister Krause S. (Beesenerstraße 20). Schuhmachermeister Grube T. (Merseburgerstr. 44). Gelbgießer Schlemmermeier T. (Thüringerstraße 27). Postschaffner Seus S. (Thorstraße 51). Maurer Reißner S. (Grünstraße 31). Arbeiter Kloppe S. (Schützenstraße 8). Arbeiter Stiefler T. (Rittergasse 1). Fleischer Dietrich S. (Mansfelderstraße 11). Eisendreher Beyer S. (Schlosserstraße 12). Sekretär Rubeau T. (Schwetschkestraße 5). Arbeiter Pohl S. (Kleiner Sandberg 18). Kaufmann Köhler T. (Melanchthonstraße 43).

Gestorben: Schmied Bieling, 47 J. (Klinik). Kolporteurs Schirmer Ehefrau, 66 J. (Klinik). Stellmachers Brechtel T., 5 J. (Klinik). Bertha Hilprecht, 22 J. (Klinik). Arbeiters Peschel S., 3 W. (Weingärten 25). Fabrikant Dietze, 55 J. (Gr. Steinstraße 13).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 24. Februar.

Aufgeboten: Arbeiter Hartmann u. Marie Ritter (Hermannstraße 9 und Am Kirchthor 18).

Geboren: Maurer Garcarek S. (Wilhelmstr. 32). Schneidermeister Schreiber T. (Triftstraße 53). Eisendreher Peiske S. (Dessauerstraße 16). Steindrucker Liesegang S. (Friedrichstraße 9). Former Pietzsch S. (Zietenstraße 6). Gelbgießer Schmidt S. (Trothaerstraße 18).

Gestorben: Arbeiters Heinicke Ehefrau, 48 J. (Leopoldstraße 31). Gymnasial-Direktor a. D. Aßmus, 69 J. (Belfortstraße 1b). Witwe Metzner, 81 J. (Scharrenstraße 12). Sekretärs Froehner Ehefrau, 58 J. (Schmelzerstraße 11). Privatmann Hüttich, 73 J. (Lessingstraße 4). Sergeanten Schmohl T., totgeb. (Reilstraße 133). Wächters Helmsdorf Ehefrau, 54 J. (Ludwig Wuchererstraße 20). Rangiermeisters Geßner S., 1 W. (Hordorferstraße 7). Schäfer Lichtenfeld, 43 Jahre (Klinik).

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Die Firma **H. Elkan** Halle a. S. Leipzigerstr. 87 empfiehlt für **Braut-Ausstattungen** fertige Betten, Bettbezüge, Bettlaken, Köper-Inlet, Bettdamast, Teppiche, Gardinen etc. etc.

Welt-Panorama.
Der Harz. Ein Winterfest in St. Andreasberg

Jeden Mittwoch **Schlachte-Fest.**
Oskar Heller, Steinweg 32.
Telephon 2179.

Raucher!
Willst Du etwas gutes rauchen dann verlange
Nr. 45, 5 Pf.
Nr. 50, 6 Pf.
u. Du wirst zufrieden sein. Zu haben bei
Paul Drietchen, Wörmlitzerstr. 109.

Erprobtes Hustenmittel
ist mein selbstgekochter, schwarzer
Johannesbeersaft.
Karl Krützgen,
Universal-Droguerie
Merseburgerstraße.

Neu! Größte Ersparnis für jede Familie ist die **Aluminiumbesohlung!** Neu!
Aluminium-Sohlen sind haltbarer wie Ledersohlen, schützen gegen nasse Füße und Erkältungen, ermögl. einfacheres Gehen auf unwegsamen Pfaden und schwächen das Schieflaufen bedeutend ab. Alleinige Ausführung für Halle ist uns vom Erfinder übertragen worden.
Schuhmacherei und Reparatur-Anstalt in Aluminium, Leder und Gummi
Arthur Stief, Prinzenstr. 8.

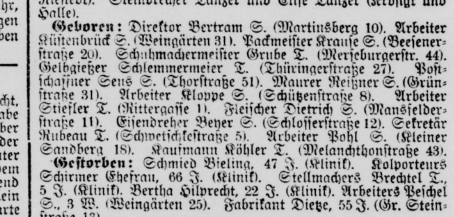
1 Gebett Betten
hell und dunkelrot gestreift, für 15 Mk. sofort zu verkaufen
Gr. Märkerstr. 17 p. l.

Tafelf. Klaviere sowie **Pianinos** kauft Schülershof 1 am Markt.

Fahrr. u. Plandsch. davon zahlt gut und kauft stets Schülershof 1 am Markt.

Für die Herren **Gastwirte und Restaurateure:**
Einladungs-Karten
zum Narren-Abend,
zum Familien-Abend,
zum Bockbier-Fest,
zum Schlachte-Fest
zu beziehen durch die
Volks-buchhandlung.

Liefere **Briketts** und **Preßtorf** in Fuhren und einzelnen Zentnern frei ins Haus
R. Weihmann, Bernhardystr. 9.



Naturgeschichte der drei Reiche.
Mineralreich. — Pflanzenreich. — Thierreich.
Mit der Anatomie des Menschen.
Vollständig in 96 Lieferungen à 50 Pf.
Volksbuchhandlung, Geiststraße 21.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020226-10/fragment/page=0008